

**Die Stellung des Vormundes
insbesondere seine Auswahl, Eignung, Wahl
und die Beendigung seines Amtes**

DISSERTATION

der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich zur Erlangung der
Würde eines Doktors beider Rechte

vorgelegt von

CHARLOTTE KISSLING

von Wolfwil SO

genehmigt auf Antrag von Herrn Prof. Dr. G. Weiss

1954

Juris-Verlag, Zürich



Digitized by the Internet Archive
in 2026

**Die Stellung des Vormundes
insbesondere seine Auswahl, Eignung, Wahl
und die Beendigung seines Amtes**

DISSERTATION
der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich zur Erlangung der
Würde eines Doktors beider Rechte

vorgelegt von
CHARLOTTE KISSLING
von Wolfwil SO

genehmigt auf Antrag von Herrn Prof. Dr. G. Weiss

1954
Juris-Verlag, Zürich

Die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät gestattet hierdurch die Drucklegung vorliegender Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

Zürich, den 20. Februar 1954.

Der Dekan:
Prof. Dr. W. Bickel



Meinen Eltern

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	7
----------------------	---

1. Kapitel: Die ehrenamtliche Einzelvormundschaft

§ 1: Die Bevormundungsgründe	9
I. Die Unmündigkeit	9
II. Die Entmündigungsgründe	10
A) Im Allgemeinen	10
B) Die einzelnen Entmündigungsgründe	12
1. Geistige Gebrechen	12
2. Moralische Schwächen	12
3. Freiheitsstrafen	13
4. Bevormundung auf eigenes Begehren	13
§ 2: Die Bestimmung des Vormundes	15
I. Allgemeines	15
1. Geschichtliches	15
2. Die Prüfung nach Art. 379 Abs. 1	16
II. Das Vorschlagsrecht des zu Bevormundenden	17
III. Das Vorschlagsrecht der Eltern des zu Bevormundenden	18
IV. Anspruch der nahen Verwandten auf Berücksichtigung bei der Wahl	20
V. Die elterliche Gewalt über entmündigte Kinder	23
§ 3: Die Eignung zum Vormund	25
I. Die allgemeine Eignung	25
II. Die Eignung für den einzelnen Bevormundungsfall	27
1. Allgemeines	27
2. Die Frau als Vormund	27
3. Vormund und Konfession	29
4. Beruf, Bildung und soziale Stellung des Vormundes	30
5. Der Bevormundungsgrund	31
III. Ablehnungsgründe	31
A) Im Allgemeinen	31
B) Die einzelnen Ablehnungsfälle	32
1. Erfüllung des 60. Altersjahres	32
2. Körperliche Gebrechen	33

3. Elterliche Gewalt	34
4. Besorgung von weiteren Vormundschaften	34
5. Die obersten Bundesbehörden	34
6. Kantonale Beamte	35
IV. Ausschlussgründe	36
1. Personen, die selber bevormundet sind	36
2. Personen, die nicht im Besitz der bürgerlichen Ehren und Rechte stehen	37
3. Interessenkollision, Verfeindung	38
4. Mitglieder der vormundschaftlichen Behörden	39
§ 4: Die Wahl des Vormundes	41
I. Die Wahlbehörde	41
II. Die Mitteilung der Wahl	43
III. Die Ernennung	45
§ 5: Die Gründe, die zur Aufhebung eines vormundschaftlichen Amtes führen	48
I. Das Ende der Bevormundung	48
1. Von Unmündigen	48
2. Von Entmündigten	49
II. Das Ende des vormundschaftlichen Amtes	51
1. Tod und Handlungsunfähigkeit des Vormundes	51
2. Der Ablauf der Amtsdauer	52
3. Die Amtsentlassung	53
4. Die Amtsenthebung	54

2. Kapitel: Die Amtsvormundschaft

§ 1: Entwicklung und Grundlagen der Amtsvormundschaft	60
I. Die Entwicklung der Amtsvormundschaft	60
II. Die Grundlagen der Amtsvormundschaft	61
III. Vorzüge der Amtsvormundschaft	64
§ 2: Die Gründe, die zur amtlichen Bevormundung führen können	66
I. Uneheliche Geburt	66
II. Der Mangel eines geeigneten Einzelmundes	67
§ 3: Die Wahl des Amtsvormundes	68
I. Im Allgemeinen	68
II. Einzelne Regelungen	69
§ 4: Antritt und Beendigung der Amtsvormundschaft	71
I. Vormundschaftsantritt	71
II. Die Beendigung der Amtsvormundschaft	71

LITERATURVERZEICHNIS

- | | |
|--------------------|---|
| Balthasar Dieter | Die Amtsvormundschaft in der Schweiz, Diss. Freiburg 1942 |
| Bleuler E. | Lehrbuch der Psychiatrie, 5. Aufl. 1949 |
| Briner Robert | Die Frau im Dienste der Vormundschaft, Vortrag, Basel 1923 |
| Cloidt C. | Einzelvormundschaft und Berufsvormundschaft, Freiburg i. Br. 1911 |
| Curti-Forrer | Schweiz. ZGB mit Erläuterungen, Zch. 1911 |
| Dornacher A. | Die Amtsvormundschaft in der Stadt St. Gallen, 1916 |
| Egger August | Komentar, Das Familienrecht, 3. Auflage, Die Vormundschaft, 2. Aufl. Zch. 1948 |
| Falb F. | Zum Vorrecht des nahen Verwandten bei der Bestellung des Vormundes, Vortrag, ZVW 1948, S. 12 |
| Fischer Herbert | Die Vorteile der Amtsvormundschaft, Referat, ZVW Bd. 4, S. 1 ff. |
| Friedrich Emil | Die Bevormundungsfälle des schweizerischen Rechts, Diss. Bern 1917 |
| Hefti Hans | Die vormundschaftliche Amtsführung, Diss. Bern 1916 |
| Henauer Dorothea | Publizität im Vormundschaftsrecht, Diss. Zürich 1948 |
| Hess C. | Die Vormundschaft nach schweizerischem Recht, Zürich 1915 |
| Huber Eugen | System und Geschichte des schweizerischen Privatrechts, Basel 1886, Bd. 1
Erläuterungen zum ZGB, Bern 1901 |
| Kistler Paul | Die Amtsvormundschaft, Vortrag, gehalten an der Amtsammlung in Konolfingen, 1928 |
| Kaufmann | Komm. zum ZGB, 2. Aufl. 1924 |
| Knapp Vera | Die Rechtsstellung des Vormundes, Diss. Basel 1948, Maschinenschrift |
| Kuhn A. | Vormundschaft und Schutzaufsicht, ZVW Bd. 1, S. 126 |
| Leuenberger J. | Amtsvormundschaft und Jugendfürsorge, Vortrag, Bern 1917 |
| Lindegger Marianne | Die Rechte des Mündels im ZGB, Diss. Bern 1952 |
| Lüscher Hans | Die Verantwortlichkeit der vormundschaftlichen Organe nach ABGB und ZGB, 1919 |
| Mitteis | Deutsches Privatrecht, Berlin 1950 |

Müller Hans	Die elterliche Gewalt und die Vormundschaft, Stuttgart und Berlin 1938
Müller Paul	Die leitenden Gesichtspunkte des Vormundschaftsrechts, Veröffentlichungen der schweizerischen Verwaltungskurse an der H.-H. St. Gallen, Band 1, 1943
Schönenberger	Die kantonalen Einführungsgesetze, Zch. 1939
Ott Anni	Untersuchungen über 16 schwere Fürsorgefälle der Amtsvormundschaft Zürich, soziale Frauenschule Zürich, 1939
Oettli Hedwig	Die persönliche Fürsorge des Vormundes, Diss. Zürich 1941
Rittmeyer Oskar	Die Schutztendenzen des schweizerischen Vormundschaftsrechts, Diss. Zch. 1935
Rossel et Mentha	Manuel du Droit civil Suisse, Ilme éd. 1922, Tome IIIème
Roth H.	Die religiöse Kindererziehung nach schweizerischem Recht, Diss. Zürich 1919
Rümlin Max	Das neue schweizerische ZGB und seine Bedeutung für uns, Thübingen 1908
Schiller	Amtsvormundschaft, Vortrag, Zürich 1910
Silbernagel A.	Das schweizerische ZGB und die Jugendfürsorge, Basel 1910
Sohm/Mitteis/Wenger	Geschichte und System des römischen Privatrechts, Berlin 1949
Tuor P.	Das schweizerische ZGB, Zch. 1948
Vogel B.	Die privatrechtliche Stellung der Taubstummen und Blinden, Bern 1912
Zipkes	Die vorläufige Fürsorge vor der Bevormundung, Diss. Zürich 1935
Zwingli	Das schweizerische Vormundschaftswesen, Zch. 1921

ZEITSCHRIFTEN, ENTSCHEIDSSAMMLUNGEN

BGE	Bundesgerichtliche Entscheidsammlung
BlzR	Blätter für zürcherische Rechtsprechung
MbVR	Monatsschrift für bernisches Verwaltungs- und Notariatsrecht
Präjudizien	Präjudiziensammlung, Beilage der Zeitschrift Pro Juventute
ZVW	Zeitschrift für Vormundschaftswesen
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung
Sten Bull	Ämtliches Stenographisches Bulletin 16, S. 66 f.
ZBl	Zentralblatt für Staats- und Gemeindeverwaltung

EINLEITUNG

Das Bedürfnis, bestimmten Personengruppen, welche durch Unfähigkeit, Schwachheit oder Krankheit in der Ausübung ihrer Rechte und bei der Erfüllung ihrer Pflichten behindert waren, einen besondern Schutz zukommen zu lassen, war schon in ältester Zeit vorhanden.

Schon die Zwölf-Tafeln haben Rechtsätze über die Unterstellung von Unmündigen, Geisteskranken und Verschwendern unter die potestas des nächsten Erben (Agnaten) enthalten¹.

Auch im germanischen Recht findet sich eine Regelung der Vormundschaft. Ihre älteste Trägerin war dort die Sippe. Da sie als ganzes aber ungeeignet war zur Ausübung der Muntgewalt, übertrug sie diese Befugnis an den nächsten Schwertmag, den «geborenen» Vormund².

Im römischen Recht wie im germanischen Recht diente das Institut der Vormundschaft jedoch dazu, die Interessen der Familie, der Sippe, namentlich die vermögensrechtlichen Interessen, zu wahren. Erst allmählich hat sich der Zweck der Vormundschaft gewandelt und ist zur Fürsorge für die Person und das Vermögen des Mündels geworden. Entsprechend hat sich das Interesse der Familienangehörigen an der Uebernahme der Vormundschaft vermindert und es wurde notwendig, dass die Oeffentlichkeit sich des Instituts der Vormundschaft annahm. Wie wichtig das ganze Gebiet des Vormundschaftswesens im Laufe der Zeit wurde, zeigt sich nicht zuletzt in der umfangreichen, mit Sorgfalt ausgearbeiteten Regelung, welche es in den meisten Ländern erfahren hat.

Auch unsere kantonalen Gesetzgeber haben dem Vormundschaftsrecht meistens ihre besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt gewidmet. Vielfach wurde die Regelung selbst kleiner Details ins Gesetz aufgenommen, welche dann das ZGB als gesamtschweizerisch geltendes Recht, wieder fallen lassen musste. Immerhin blieb den Kantonen die Möglichkeit gewahrt, ihren verschiedenen Eigenarten in den Einführungsgesetzen Rechnung zu tragen, wovon sie denn auch verschiedentlich Gebrauch

¹ Sohm, Röm. Privatrecht, S. 540. D 26, 4, 1, pr.

² Heusler, Inst. des deutschen Privatrechtes, S. 485 ff., 2. Bd. Mitteis Deutsches Privatrecht, 1950, S. 61.

gemacht haben. In einigen Art. verweist das ZGB selbst auf die kantonale Regelung und ein Zweig des Vormundschaftsrechts, der stets an Bedeutung gewinnt, die Amtsvormundschaft, fusst lediglich auf kantonalen Gesetzesbestimmungen, die allerdings denjenigen des ZGB entsprechen müssen. Dank dieser Regelung ist eine einheitliche Rechtsanwendung in den Hauptlinien gesichert, den Verschiedenheiten der Landesteile jedoch auch wieder genügend Rechnung getragen. Die Anpassungsfähigkeit des ZGB auch im Gebiete des Vormundschaftsrechts hat sich in den 40 Jahren seines Bestehens bewährt. Es wird also auch hier seinem Ruf, ein in jeder Hinsicht modernes, den verschiedenen Anforderungen gewachsenes Recht zu sein, gerecht.

1. Kapitel

Die ehrenamtliche Einzelvormundschaft

§ 1. Die Bevormundungsgründe

Eine erste grundsätzliche Scheidung der Bevormundungsbedürftigen ergibt zwei Kategorien:

- Unmündige:* welche aus bestimmten Gründen unter keiner elterlichen Gewalt stehen, Art. 368, und
Mündige: denen aus verschiedenen, vom Gesetz umschriebenen Gründen die Handlungsfähigkeit entzogen wurde, Art. 369—372.

I. DIE UNMÜNDIGKEIT

Ein grosser Teil aller Vormundschaften wird für Unmündige errichtet. Sie sind es, die in erster Linie dieses staatliche Institut beanspruchen und benötigen¹. Wann Unmündigkeit vorliegt ergibt sich durch Umkehrschluss aus Art. 14, 15.

Die Mündigkeit kann auf drei verschiedenen Voraussetzungen beruhen:

Mündigkeitsalter, Art. 14 Abs. 1

Heirat, Art. 14 Abs. 2

Mündigerklärung, Art. 15.

Ist keine dieser drei Voraussetzungen erfüllt, so liegt Unmündigkeit vor.

Ein Unmündiger wird unter Vormundschaft gestellt,

- a) sobald beide Eltern tot sind,
- b) bei Scheidung der Eltern, wenn keinem Elternteil die elterliche Gewalt zugesprochen wird oder der sie ausübende Teil sich wieder verheiratet und die Verhältnisse für das Kind dadurch ungünstig verändert werden^{1a} (Art. 286),

¹ In der Stadt Zürich waren im Jahre 1953 von total 5610 Bevormundungsfällen 2923 über Unmündige errichtet.

^{1a} Mb VR 50 Nr. 9

- c) bei Unfähigkeit der Eltern zur Ausübung der elterlichen Gewalt, bei Missbrauch oder Vernachlässigung derselben, und
- d) im Falle der Bevormundung der Eltern selbst (Art. 285).

Eine Bevormundung der Kinder kommt nur in Frage, wenn beide Eltern der Gewalt verlustig gehen^{1b}. Wird der Entzug der elterlichen Gewalt nur einem Elternteil gegenüber ausgesprochen, so geht bei vorhandener Fähigkeit die volle elterliche Gewalt auf den andern über. In allen andern Fällen aber wird die Vormundschaftsbehörde um die Bestellung eines geeigneten Vormundes besorgt sein müssen.

II. DIE ENTMÜNDIGUNGSGRÜNDE

A) Im Allgemeinen

Um eine nach Art. 14 oder 15 mündige Person bevormunden zu können, bedarf es vorerst eines besonderen behördlichen Rechtsaktes, um sie zu *entmündigen*. Jetzt erst ist die Person soweit, wie es der Unmündige ipso iure ist, jetzt darf mit der Bevormundung eingesetzt werden. Im Entmündigungsverfahren ist festzustellen und zu beweisen, dass die betreffende Person einen oder mehrere der gesetzlichen Entmündigungsgründe erfüllt und deshalb ihre Angelegenheiten nicht mehr zu besorgen vermag, zu ihrem Schutze der dauernden Fürsorge bedarf, die Sicherheit anderer gefährdet (Art. 369), oder sich oder ihre Familie der Gefahr eines Notstandes oder der Verarmung aussetzt (Art. 370), oder zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und mehr verurteilt wurde (Art. 371). Als Entmündigungsgründe zählt das Gesetz auf: Geisteskrankheit, Geisteschwäche, Verschwendung, Trunksucht, lasterhaften Lebenswandel, Misswirtschaft, Freiheitsstrafen von einem Jahr und mehr. Das ZGB macht dabei keinen Unterschied, ob die Erkrankung schwer oder leichter sei, ob die Gefahr der Verarmung momentan sei oder erst in absehbarer Zeit erfolgen werde. Die Folgen sind immer die gleichen: Entmündigung mit anschliessender Handlungsunfähigkeit, welche sich in jedem Fall auf die Eingehung entgeltlicher Rechtsgeschäfte bezieht (ZGB Art. 17—19)². In den wenigsten Fällen wird die Handlungsunfähigkeit eine vollständige sein. Viel häufiger sind die Fälle, da die Urteilsfähigkeit noch als ganz

^{1b} Mb VR 50 Nr. 9

² Emil Friedrich, Die Bevormundungsfälle des schweizerischen Rechts, Diss. Bern 1917, S. 45.

oder teilweise vorhanden, betrachtet werden muss. Trifft dies zu, so kann sich die betreffende Person im Rahmen von Art. 19 mit Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters verpflichten. Ihre höchstpersönlichen Rechte hingegen kann sie auch ohne seine Zustimmung ausüben; ebenso erlangt sie unentgeltliche Vorteile ohne diese Zustimmung.

Der Zweck der Entmündigung im modernen Recht besteht zur Hauptsache in Schutz und Fürsorge für den Schwachen, Unbeholfenen, der sich in oft verworrenen und verwirrenden Verhältnissen nicht oder nicht mehr zurechtfindet. Vielfach braucht er auch einen neutralen Helfer, der ihn vor all den «hilfsbereiten» Verwandten und Bekannten schützen und bewahren muss. Daneben spielt eine wichtige Rolle der Schutz der Angehörigen, die durch das unverständige Tun des zu Bevormundenden in Not geraten können. Es sind aber auch die Interessen Dritter zu berücksichtigen, die durch die geistigen Gebrechen, durch die asoziale Veranlagung einer Person verletzt werden können. Der Hauptzweck wird dementsprechend in einem umfangreichen Schutz für den Entmündigten selbst und für alle, die mit ihm in Berührung kommen, bestehen.

Stellt sich die Frage nach der Entmündigung einer Person, so ist zunächst zu unterscheiden, ob die vom Gesetz aufgestellten Bedingungen erfüllt sind, d. h. ob ein *Entmündigungsgrund* (Geisteskrankheit, Trunksucht usw.) vorliege, und ob der Erkrankte *entmündigungsbedürftig* geworden sei. Erst wenn diese beiden Voraussetzungen erfüllt sind, wird die Entmündigung von Gesetzes wegen notwendig. Sie erfolgt also nicht schon bei geistiger Erkrankung allein, sondern erst, wenn damit die ebenfalls vom Gesetz verlangte Schutzbedürftigkeit oder Gefährdung Dritter verbunden ist³. Es darf also nur die Person entmündigt werden, bei der Grund und Bedürftigkeit zu einer Bevormundung vorliegen⁴. Nur diese strenge Regelung bietet Gewähr gegen ungerechtfertigte Entmündigungen.

³ SJZ 18, 194 Nr. 42, 17, 14 Nr. 2, 31, 169 Nr. 33.

⁴ Egger, Komm. Art. 369 N. 10.

B) Die einzelnen Entmündigungsgründe

1. Geistige Gebrechen

Aus der Zahl der Entmündigungsgründe greift Art. 369 einen wichtigen Teil heraus. Es sind dies Geisteskrankheit und Geistesschwäche. Alle die Personen, welche wegen Geisteskrankheit — trete sie nun in starkem oder schwächerem Grade auf — unfähig sind, ihre Angelegenheiten selbst zu besorgen, die eines Beistandes oder der Fürsorge Dritter bedürfen oder die Sicherheit Dritter gefährden, erfüllen die Voraussetzungen, welche zur Entmündigung gemäss Art. 369 führen. Wo die Grenze zwischen Geisteskrankheit und Geistesschwäche zu ziehen ist, ist vor allem in der Praxis schwierig festzustellen⁵. Schon ein Geistesschwacher ist eigentlich geisteskrank, nur ist die Erkrankung noch nicht fortgeschritten, oder bleibt in einem harmlosen Stadium stehen. Für die Entmündigung ist die Unterscheidung insoweit von Bedeutung, als dem Geisteschwachen unter Umständen eine *beschränkte* Handlungsunfähigkeit zugestanden wird. Geisteskrankheit und -schwäche müssen zudem von langer Dauer sein oder als unheilbar erklärt werden. Für eine nur kurze Bevormundungszeit rechtfertigen sich Aufwand und Aufregung nicht⁶. Da die Feststellung des Entmündigungsgrundes und der sich daraus ergebenden Folgen beim Geisteskranken und -schwachen mit einigen Schwierigkeiten verbunden ist, schreibt der Gesetzgeber in Art. 374 Abs. 2 vor, dass in jedem Entmündigungsfall vorgängig ein Gutachten Sachverständiger über den Zustand und die allfällige Weiterentwicklung der Krankheit und des zu Entmündigenden einzuholen sei. Dieses Verfahren schützt einerseits den Kranken vor ungerechtfertigter Entmündigung, fördert andererseits die gerechtfertigte Entmündigung, wo sie dringend wird.

2. Moralische Schwächen

Die in Art. 370 aufgezählten Gründe: Verschwendung, Misswirtschaft, Trunksucht, lasterhafter Lebenswandel, schlechte Vermögensverwaltung, führen alle erst zur Entmündigung, wenn sie einen derartigen Umfang annehmen, dass die von einer oder mehreren dieser Schwächen betroffene Person sich oder ihre Familie der Gefahr eines Notstandes oder der Ver-

⁵ Vgl. Mitteis, Privatrecht, S. 33.

⁶ Egger, Art. 374, N. 19.

armung aussetzt, dass sie zu ihrem Schutze des dauernden Beistandes und der Fürsorge bedarf oder die Sicherheit anderer gefährdet.

Die Entmündigungsgründe nach Art. 370 sind sehr verschieden von denjenigen in Art. 369, gleich ist jedoch beiden die Voraussetzung der *Bedürftigkeit* einer Bevormundung, die in jedem Fall besonders qualifiziert werden muss. Erst wenn das Uebel einen derartigen Umfang annimmt, dass es bei der betreffenden Person zu der vom Gesetz verlangten Schutzbedürftigkeit oder Gefährlichkeit kommt, darf zur Entmündigung geschritten werden. Es wird diese Qualifikation für jeden Fall wieder eine andere sein müssen, da gerade bei diesen moralischen Gebrechen die besonderen Umstände und Verhältnisse von grosser Wichtigkeit sind. Stehen jedoch Interessen Dritter auf dem Spiele, so darf eine Entmündigung schon angeordnet werden, wenn die Gefahr einer Schädigung derselben erst besteht. Es muss noch kein Unglück geschehen sein, die Wahrscheinlichkeit des Eintrittes genügt⁷.

3. *Freiheitsstrafen*

Laut Art. 371 ist jede mündige Person zu bevormunden, die eine Freiheitsstrafe von einem Jahr oder mehr zu verbüssen hat. Der Grund der Entmündigung ist die Freiheitsentziehung. Sie bringt den Sträfling in eine gewisse Schutzbedürftigkeit⁸. Es soll jemand seine Interessen wahren, solange er selbst dazu verhindert ist⁹. Die Vormundschaft beginnt mit Strafantritt und hört mit Strafende ipso iure auf. Eine zeitweilige Entlassung aus der Strafanstalt begründet noch keine Aufhebung der Vormundschaft. Auch bei einer vorzeitigen bedingten Entlassung dauert sie an bis zum Zeitpunkt der durch das Urteil bestimmten Haftentlassung, Art. 432 ZGB¹⁰.

4. *Bevormundung auf eigenes Begehren*

Eine mündige Person kann gemäss Art. 372 einen Vormund begehren, wenn sie wegen Altersschwäche, Unerfahrenheit oder sonstiger Gebrechen ihre Angelegenheiten nicht selbst zu besorgen vermag. Auch hier ist, wie

⁷ Paul Müller, Die Entmündigung Geisteskranker, Diss. Be. 1929, S. 48/49.

⁸ A. M. Tuor, Das schweiz. ZGB, der den Grund, d. h. die Freiheitsentziehung, allein massgebend erklärt, S. 258.

⁹ BGE 62 II 68: «La raison de l'interdiction est la nécessité qu'il y a de sauvegarder les intérêts du condamné pendant sa détention BGE 75 II 27.

¹⁰ Emil Friedrich, S. 126.

in den vorne aufgezählten Fällen, nicht der Entmündigungsgrund, d. h. das eigene Begehren, zur Herbeiführung der Entmündigung allein massgebend. Vielmehr muss auch hier wiederum die Voraussetzung, das Bedürfnis nach einer solchen Massnahme, gegeben sein.

Das eigene Begehren ist ein persönliches Recht und muss von der betreffenden Person selbst vorgebracht werden. Es ist, analog zu den übrigen Entmündigungsgründen, anzunehmen, dass es sich auch hier um lange währende, wenn nicht dauernde Unerfahrenheit oder Gebrechen handeln muss.

§ 2. Die Bestimmung des Vormundes

I. ALLGEMEINES

1. *Geschichtliches*

Im älteren und alten Recht musste der Vormund von Gesetzes wegen ein Glied der Familie des Bevormundeten sein. So wurde im römischen Recht bei der tutela legitima der nächste männliche Erbe vom Gesetz zum Vormund bestimmt. Der Inhaber der patria potestas oder der manus mariti jedoch hatte das Recht, durch Testament einen Vormund selbst zu bestimmen (tutela testamentaria). War weder ein tutor legitimus noch ein tutor testamentarius vorhanden, so wurde dem Mündel ein von der Obrigkeit bestimmter Vormund gegeben (tutor dativus i. e. S.). Später hatten in diesem Falle nahe Verwandte (Mutter, Grossmutter) das Recht und die Pflicht, eine Person als Vormund vorzuschlagen¹. Diese Regelung wurde im grossen und ganzen auch von andern Gesetzgebungen übernommen; selbst im Code Civil werden die betreffenden Bestimmungen noch vom Gedanken der tutela legitima beherrscht.

Die kantonalen Rechte kannten diese drei Berufsarten ebenfalls. Mit der Zeit trat die behördliche Bestellung des Vormundes immer mehr in den Vordergrund, so dass die Gesetze einiger Kantone nur noch diese Art erwähnten². Die Behörden durften aber bei der Wahl nicht eigenmächtig und ohne Befragung der Angehörigen vorgehen, sie hatten Vorschläge und Wünsche entgegenzunehmen, zu prüfen und zu berücksichtigen.

Das ZGB hat nun diese in allen Kantonen am häufigsten angewandte Bestellungsart, diejenige durch die Vormundschaftsbehörde, eingeführt (Art. 379)³.

Um der Vormundschaft dennoch den Charakter einer familienrechtlichen Institution zu lassen, sollen taugliche Verwandte fremden Personen vorgezogen werden (Art. 380). Auch Wünsche von Eltern oder des Be-

¹ Sohm, S. 543.

² Zürich PG § 319, Schwyz VO § 3, Olwalden VG § 3, Schaffhausen PG § 383: «Alle öffentlichen Vögte und Kuratoren werden von den Vormundschaftsbehörden von Staates wegen bestellt».

³ Vgl. E. Huber, Schweiz. Privatrecht, Bd. 1, S. 599 c.

vormundeten selbst sollen, in Erinnerung an die tutela testamentaria, von der Vormundschaftsbehörde berücksichtigt werden (Art. 381). So finden im ZGB, innerhalb der einzigen Bestellungsart des Vormundes durch die Wahl der Vormundschaftsbehörde, die beiden andern Arten ebenfalls ihre Berücksichtigung⁴.

2. Die Prüfung nach Art. 379 Abs. 1

Ist das Verfahren soweit fortgeschritten, dass sich die Vormundschaftsbehörde nach einem Vormund umsehen muss, so wird sie vorerst einmal die Vorschläge prüfen, die von den Angehörigen des zu Bevormundenden oder von diesem selbst eingegangen sind. Laut Art. 379 Abs. 1 hat die Behörde eine mündige Person, die zu diesem Amte geeignet erscheint, zu wählen. Das Gesetz enthält also zwei Forderungen, wovon unter Eignung verschiedene Eigenschaften zu verstehen sind. In erster Linie muss es sich bei der zu wählenden Person um eine Einzelperson handeln. Eigentliche Anstaltsvormundschaften⁵, sowie Ernennung einer juristischen Person oder einer Kollektivbehörde zum Vormund, sind dem ZGB fremd. Es muss sich beim Vormund um eine natürliche Person handeln, da die Pflicht zur persönlichen Fürsorge, der eine grosse Wichtigkeit beigegeben wird, nur von einer solchen ausgeübt werden kann.

Des weitem darf diese Person nicht mit einem in Art. 384 aufgezählten Ausschlussgrund behaftet sein. Dies genügt aber noch nicht. Zu der oben genannten allgemeinen Eignung muss noch die besondere hinzukommen, nämlich die Fähigkeit, als beratender Erzieher das Vertrauen des Mündels zu gewinnen. Es ist keine leichte Aufgabe für die Vormundschaftsbehörde, eine Person auf solche Charaktereigenschaften hin zu prüfen. Sie wird sich deshalb sorgfältig erkundigen müssen, ob die betreffende Person gut beleumdet, zuverlässig, hilfsbereit sei, ob sie überhaupt würdig und fähig sei eine Vormundschaft zu führen⁶, ob ihre persönlichen Verhältnisse in Ordnung seien, ob sie neben ihrem Beruf noch genügend Zeit für das vormundschaftliche Amt aufbringen könne. Die

⁴ Das deutsche BGB kennt heute noch alle drei «klassischen» Berufsgründe, § 1776.

⁵ Im EG zum ZGB von BS § 82 werden Vormundschaften über Insassen von verschiedenen öffentlichen Anstalten dem Leiter oder andern Beamten der Anstaltsleitung übertragen. Diese Regelung ist solange zulässig, als die Ernennung stets individuell erfolgt und die Eignung der betr. Person vorhanden ist.

⁶ Hedwig Oettli, Die persönliche Fürsorge des Vormundes für das Mündel, Diss. Zch. 1941, S. 7/8.

Behörde wird auch zu untersuchen haben, ob sich die zu wählende Person für den konkreten Fall eigne. Vielleicht sind besonders schwierige vermögensrechtliche Verhältnisse vorhanden, Prozesse zu führen⁷, ein Gewerbebetrieb weiterzuführen⁸. Das Postulat der Eignung von Art. 379 Abs. 1 ist so weitgreifend, dass man glauben könnte, für den Einzelfall nur selten die passende Person zu finden. Tatsächlich ist es ja in vielen Fällen so, dass die Vormundschaftsbehörde dankbar sein wird, wenn sie überhaupt jemanden findet, der den Bedürfnissen annähernd entspricht und der willens ist, das Amt zu übernehmen. Wenn auch Art. 382 eine allgemeine Pflicht zur Uebernahme des Amtes aufstellt, so ist es sicher fehl, jemanden dazu zu zwingen⁹. Denn trotz aller Verantwortlichkeit kann ein unwilliger Vormund Schaden stiften, der sich später kaum mehr gutmachen lässt (z. B. bei Unmündigen).

Die Forderung nach Mündigkeit der zum Vormund zu wählenden Person wird dann als erfüllt betrachtet, wenn sie den Bestimmungen des Art. 14 oder 15 entspricht.

II. DAS VORSCHLAGSRECHT DES ZU BEVORMUNDENDEN

Ist ein Entmündigter oder Unmündiger¹⁰ soweit urteilsfähig, dass er Verständnis und Interesse für seine gegenwärtige Lage zeigt, so muss die Vormundschaftsbehörde von Gesetzes wegen seine Wünsche prüfen und berücksichtigen, wenn nicht wichtige Gründe dagegen sprechen, Art. 381¹¹. Gerade bei elternlosen, verschüchterten Kindern, bei missratenen Jugendlichen oder auch bei Erwachsenen, die in der Gesellschaft ihren Platz nicht finden oder behaupten können, kommt es sehr oft vor, dass sie ihre ganze Zuneigung, ihr ganzes Vertrauen einer Person zuwenden, die ihnen vielleicht einmal bewusst oder unbewusst beigestanden, die ihr Vorbild ist, die durch Anteilnahme dem verschlossenen Wesen näher gekommen ist. Solche Vorgänge können der Vormundschaftsbehörde ja gar nicht bekannt sein, und deshalb soll das Mündel sich äussern dürfen. Auf diese Art wird eine Vertrauensgrundlage zwischen Mündel und Vormund geschaf-

⁷ Egger, Art. 379 N. 9.

⁸ MbVR 49, S. 59.

⁹ ZVW 3, S. 141.

¹⁰ Präjudizien Nr. 8, 1934, 110.

¹¹ SJZ XIV 346 (307): «... ohne weiteres ist klar, dass hierbei vorausgesetzt wird, dass das Mündel urteilsfähig und imstande ist, seine Interessen durch den gemachten Vorschlag objektiv richtig zu wahren.» MbVR 51 Nr. 23.

fen, die eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen ihnen begründen kann, was schliesslich der Zweck der Institution ist.

Obwohl das Gesetz dies nirgends ausdrücklich formuliert, muss doch angenommen werden, die Vormundschaftsbehörde habe die Pflicht, den zu Bevormundenden, sowie seine Eltern auf ihr Vorschlagsrecht aufmerksam zu machen oder sie nach ihren Wünschen zu befragen. Hat sie dies unterlassen, so können die betreffenden Personen ihre Wünsche noch im Rekursverfahren vorbringen¹².

Sind mehrere geeignete Vormünder vorhanden, so ist, nach Ansicht von Literatur und Praxis, dem vom Mündel vorgeschlagenen der Vorzug zu geben¹³. Es sind ja in der Hauptsache diese beiden Personen, die sich verstehen, die miteinander arbeiten sollen, und das Gefühl des Mündels, bei dieser wichtigen Frage ein entscheidendes Wort mitsprechen zu dürfen, wird es vielfach den Anordnungen des Vormundes gefügiger machen. Stehen sich berechtigter Verwandter und geeignete, vom Mündel vorgeschlagene Vertrauensperson gegenüber, so wird die Vormundschaftsbehörde, im Interesse einer gedeihlichen Vormundschaftsführung, der letzteren den Vorzug geben¹⁴. Das gleiche gilt, wenn das Mündel und seine Eltern verschiedene Personen vorschlagen. Bei gleicher Eignung ist die vom Mündel vorgeschlagene Person vorzuziehen¹⁵.

III. DAS VORSCHLAGSRECHT DER ELTERN DES ZU BEVORMUNDENDEN

Als zu Vorschlägen berechnete Personen nennt das Gesetz an zweiter Stelle die Eltern des zu Bevormundenden, Art. 381. Sie werden ihre Vorschläge hauptsächlich bei der Bevormundung ihrer noch unmündigen Kinder vorbringen. Sei es nun, dass ihnen die elterliche Gewalt entzogen werde, Art. 285, sei es, dass die Kinder elternlos und deshalb unter Vormundschaft gestellt werden müssen. Im ersten Fall, da ein Elternteil oder beide Eltern noch leben, sind ihre Vorschläge mit Vorsicht aufzunehmen. Denn sie werden in vielen Fällen versuchen, über den Vormund hinweg weiterhin Einfluss auf ihr Kind auszuüben, und deshalb eine ihnen gefügige oder verpflichtete Person vorschlagen. Einen solchen Vorschlag

¹² ZVW 5, 145 Nr. 66.

¹³ ZVW 1, 18 Nr. 7; SJZ XII 290 (244).

¹⁴ ZVW 1, 18 Nr. 7; 6, 64 Nr. 21; SJZ XIV 346 (307).

¹⁵ ZVW 6, 65 Nr. 22.

wird die Vormundschaftsbehörde nicht berücksichtigen, da er für das Kindeswohl von geringem Vorteil sein wird und deshalb als untauglich bezeichnet werden muss. Im zweiten Fall werden die Eltern nicht mehr um ihre Wünsche befragt werden können. Die Vormundschaftsbehörde hat hier nachzuforschen, ob sich die Verstorbenen jemals darüber geäussert hätten, wem sie, für den Fall ihres Ablebens, am ehesten die Sorge für ihr Kind anvertrauten. Vielleicht haben die Eltern vorsorglicherweise in einem Testament oder sonstigen nachgelassenen Schriftstück ihre Wünsche festgehalten. Mögen diese Willensäusserungen schriftlich oder mündlich erfolgt sein, sie sind für die Vormundschaftsbehörde auf jeden Fall verbindlich. Sie hat die Vorschläge zu prüfen und bei vorhandener Eignung die bezeichnete Person als Vormund zu wählen. Sind in den genannten Fällen taugliche Verwandte vorhanden, die ihr Vorrecht auf Berücksichtigung gemäss Art. 380 geltend machen, so sind sie in allen jenen Fällen abzuweisen, wo sich der von den Eltern vorgeschlagene Vormund als geeignet erweist. Besonders aus der französischen Fassung des Art. 381¹⁶ schliessen Theorie und Praxis übereinstimmend, dass der Wunsch der Eltern dem Anspruch Verwandter vorgehen soll¹⁷. Bei konsequenter Verfolgung dieser Auslegung lassen sich gewisse Härten nicht vermeiden. So kann es vorkommen, dass unterstützungspflichtige Verwandte, die zur Vormundschaftsführung geeignet wären, nicht gewählt werden¹⁸, weil die Eltern oder das Mündel selbst einen andern Vormund vorgeschlagen haben. Auch einen gesetzlichen Anspruch auf persönlichen Verkehr mit dem Bevormundeten steht den Verwandten nicht zu. Dies wird die Vormundschaftsbehörde aber nicht hindern, einen im üblichen Rahmen gehaltenen persönlichen Verkehr zwischen dem Mündel und seinen Angehörigen zuzulassen, solange er sich auf das Wohl des Kindes nicht schädlich auswirkt¹⁹. Immerhin wird auch der Vertrauensvormund gut tun, bei wichtigen Entscheidungen nach der Ansicht derjenigen Verwandten zu fragen, welche das Mündel schon lange kennen, oder zu seinem Unterhalt Beiträge leisten. Auf diese Art lässt sich eine gute Zu-

¹⁶ Art. 381 ccs: «A moins que de justes motifs ne s'y opposent, l'autorité tutélaire nomme tuteur la personne désignée par le père ou la mère ou par l'incapable.»

¹⁷ Vgl. Rossel et Mentha, Manuel de droit Suisse, 2. Ed. p. 541 Nr. 809. Kaufmann, Komm. ZGB, 2. Aufl. Art. 381 N. 10. MbVR 30 Nr. 125, SJZ XXIX 134 (96).

¹⁸ MbVR 18, Nr. 130.

¹⁹ Präjudizien 1394 Nr. 60, 1947.

sammenarbeit auch mit der vormundschaftlichen Behörde denken, ohne dass die Interessen des Mündels Schaden leiden.

Das Recht der Eltern, Wünsche über die Person des Vormundes ihrer Kinder zu äussern, steht ihnen nicht um ihrer elterlichen Gewalt willen zu, da ja auch Eltern, denen die Gewalt entzogen wurde, Vorschläge unterbreiten dürfen. Es ist vielmehr anzunehmen, dass der Gesetzgeber ihnen dieses Recht zugestand, weil sie die dem Mündel nächststehenden Personen sind. Sie kennen ihr Kind am besten, sie haben das grösste Interesse, dass es in gute Hände kommt. Und dass unvernünftige Wünsche verantwortungsloser Eltern nicht verwirklicht werden, dafür sollte die Prüfungspflicht der Vormundschaftsbehörde Gewähr bieten.

IV. ANSPRUCH DER NAHEN VERWANDTEN AUF BERÜCKSICHTIGUNG BEI DER WAHL

Eine zweite Weisung des Gesetzes an die Wahlbehörde über Bevorzugung bestimmter Personen enthält Art. 380. Er gibt dem tauglichen nahen Verwandten bei der Wahl den Vorzug, wobei die persönlichen Verhältnisse und die Nähe des Wohnsitzes zu berücksichtigen sind. In dieser Bestimmung ist wohl noch eine Erinnerung an die tutela legitima enthalten. Der Sinn ist aber auch hier, wie im ganzen Vormundschaftsrecht, ein anderer geworden. «Es (das Vorrecht) wird nicht mehr um der eigenen Interessen des Vormundes willen gewährt, sondern um der Mündel willen»²⁰. Der Gesetzgeber gibt Verwandten und Ehegatten ein Vorrecht, weil er von der Voraussetzung ausgeht, diesen nahestehenden Personen komme die beste Eignung zu (Egger a. a. O.). Es mag diese Voraussetzung in vielen Fällen zutreffen. Dort am ehesten, wo geordnete, ruhige Verhältnisse herrschen, wo die Kinder durch einen Unglücksfall ihrer Eltern plötzlich beraubt werden. Häufiger wird es jedoch vorkommen, dass Streit in der Familie herrscht, dass man sich gegenseitig misstraut, verleumdet, beschimpft und das Kind aus diesen unglücklichen Verhältnissen herausgenommen, in eine gesunde Umgebung gestellt werden muss. Hier wird von tauglichen Verwandten kaum die Rede sein können, da diese meistens Partei ergreifen und das Mündel auf ihre Weise zu beeinflussen suchen. Stellt man aber die Wahrung des Wohls des Mündels an erste Stelle, so muss zu seinen Gunsten das Vorrecht der Ver-

²⁰ Egger, Art. 380/381 N. 1.

wandten zurücktreten. Der Umstand, dass eine Person mit dem Mündel verwandt ist, macht sie nicht tauglicher. Unter Tauglichkeit sind menschliche, erzieherische Qualitäten verstanden, Einsicht, Verständnis für den konkreten Fall. Solche Eigenschaften sind aber häufig bei familienfremden, unvoreingenommenen Personen eher vorhanden, namentlich dann, wenn den Eltern die elterliche Gewalt entzogen werden musste. Auch die Zusammenarbeit mit der Vormundschaftsbehörde wird sich mit Drittpersonen leichter gestalten, da von Anfang an bestehende Opposition seltener vorhanden ist. Liegen die Verhältnisse des zu Bevormundenden günstig (was nicht der Normalfall ist), so kommt Art. 380 eher zur Anwendung, weil das Mündel und seine Eltern überzeugt sind vom Wohlwollen der Verwandten, und deren Eignung auch in dieser Hinsicht als gegeben zu betrachten ist.

Indessen besitzen auch die Verwandten kein absolutes Recht bei der Vormundschaftsbestellung. Dies lässt sich aus den Voraussetzungen schliessen, welche sie erfüllen müssen, um bei der Wahl berücksichtigt zu werden. Neben der Eignung nennt Art. 380 noch die persönlichen Verhältnisse und die Nähe des Wohnsitzes. Daraus ist ersichtlich, dass von zwei tauglichen Verwandten nicht unbedingt der gradnähere zu berücksichtigen ist²¹. Es ist derjenige vorzuziehen, dessen persönliche Verhältnisse (z. B. gute Kenntnis der Persönlichkeit des Mündels durch Leben im gleichen Haushalt, geeigneter Beruf, genügend Freizeit) eine möglichst zweckdienliche Vormundschaftsführung zulassen und dessen Wohnsitz in der Nähe des Mündels liegt. Naturgemäss ist dem Erfordernis der persönlichen Verhältnisse mehr Bedeutung beizumessen als dem der Nähe des Wohnsitzes.

Sprechen wichtige Gründe gegen die Wahl eines Verwandten, so muss er übergangen werden, da er nicht mehr tauglich ist.

Als wichtige Gründe bezeichnet die Praxis etwa:

- Interessenkonflikte (MbVR 42 Nr. 43; ZVW 1, Nr. 47)
- Mangelnde Autorität (MbVR 26 Nr. 126; 36 Nr. 57)
- Drohende Reibungen zwischen Vormund und Vormundschaftsbehörde (MbVR 18 Nr. 130; 46 Nr. 174)
- Verschiedenheit der vermögensrechtlichen Interessen (ZBI 1939 S. 477)
- Ungünstige Beeinflussung des Vormundes durch das Mündel (MbVR 33 Nr. 9).

²¹ SJZ XIV 346.

Wie schon erwähnt, ist im schweizerischen Vormundschaftsrecht oberste Richtschnur die Wahrung und die Förderung des Mündelwohles²². Aus der Verfolgung dieses Zweckes ergibt sich notgedrungen, dass in erster Linie auf das Mündel Rücksicht genommen werden muss. Es lässt sich deshalb nicht verantworten, dass eine Person, weil sie verwandt und tauglich ist, einer nicht verwandten aber tauglicheren vorgezogen werde. Das gesetzliche Vorrecht der Verwandten ist nur soweit ein Vorrecht, als sie als nächste zu berücksichtigen sind, falls der zu Bevormundende oder seine Eltern entweder keine oder eine untaugliche Person vorgeschlagen haben. Das Vorrecht besteht nur insofern, als Verwandte in der Reihenfolge als zweite berücksichtigt werden müssen²³.

Art. 380 spricht von nahen Verwandten. Wer darunter genau zu verstehen sei, darüber herrschen in Literatur und Praxis verschiedene Ansichten²⁴. Beruft man sich auf den französischen Gesetzestext, wo die *proches parents* (Blutsverwandte) und die *alliés* (Verschwägte) ausdrücklich erwähnt werden, so könnten unter «nahen Verwandten» auch die angeheirateten Familienangehörigen verstanden werden. Vergleicht man hingegen Art. 336, so stellt man fest, dass den im deutschen Text genannten «Verwandten» im französischen Text nur die «parents» gleichgestellt sind. Auch die Kommentare kommen, unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten, zu keinem einheitlichen Ergebnis. Es besteht jedoch kein Grund, die Verschwägerten vom Vorrecht des Art. 380 auszuschliessen, weshalb die Praxis keinen Unterschied macht zwischen Vater- und Mutterseite, zwischen männlichen und weiblichen Verwandten. Das «nahe» bestimmt sich eher nach persönlichen Verhältnissen, wie nahe sich die beiden Persönlichkeiten stehen, nicht auf die Verwandtschaftsgradnähe. Dieses Erfordernis verliert überhaupt an Bedeutung, sobald man dasjenige der Tauglichkeit an erste Stelle setzt.

²² Vgl. Paul Müller, Die leitenden Gesichtspunkte des Vormundschaftsrechts, Vortrag, Veröffentlichungen der Schweiz. Verwaltungskurse an der H.-H. St. Gallen, Bd. 1, 1943.

²³ MbVR 46 Nr. 174: «Massgebend für die Wahl des Vormundes sind in erster Linie die Interessen des Mündels.» A. A. F. Falb: «Liegt es nicht gerade im Begriff des Vorrechtes der Verwandten, dass der nahe Verwandte eben zum Vormund ernannt werden muss, weil er geeignet und verwandt ist mit dem Mündel, ungeachtet eines eventuellen noch geeigneteren Dritten.» ZVW 3, S. 12.

²⁴ Egger, Art. 380/381 N. 1, 2; Curti, Art. 380; Kaufmann, Art. 380 N. 4—6; F. Falb, ZVW 3, S. 15 ff.

V. DIE ELTERLICHE GEWALT ÜBER ENTMÜNDIGTE KINDER

Eine letzte Anweisung des Gesetzes an die Wahlbehörde über Berücksichtigung bestimmter Personen. enthält Art. 385 Abs. 3: «Wenn mündige Kinder entmündigt werden, so tritt an Stelle der Vormundschaft in der Regel die elterliche Gewalt.» Voraussetzung ist einmal, dass ein oder beide Elternteile noch leben und in der Lage sind, ihr jetzt erwachsenes Kind im richtigen Sinne zu beeinflussen. Weiterhin ist Voraussetzung das Vorliegen eines Entmündigungsgrundes und seine Feststellung im Entmündigungsverfahren²⁵. Demnach ist es ausgeschlossen, dass bei Eintritt der Mündigkeit die elterliche Gewalt einfach fort dauert, oder dass ohne Verfahren ein Vormund bestellt wird. Dem Entmündigten und seinen Angehörigen muss in jedem Fall die Möglichkeit, sich zu äussern, gegeben werden.

Art. 385 Abs. 3 statuiert ein Vorrecht der Eltern in bestimmten Fällen. Aber hier, so gut wie in Art. 380 und 381, steht die Tauglichkeit im Vordergrund. Die Eltern müssen sich als zur Nacherziehung geeignet erweisen, sie müssen die Bedingungen von Art. 379 erfüllen. Eine strenge Prüfung ihrer Fähigkeiten ist hier notwendig, da die Eltern wegen vorgeschrittenen Alters vielfach nicht mehr in der Lage sind, ihren Kindern gegenüber mit der erforderlichen Autorität und Strenge aufzutreten. In manchen Fällen fehlt auch das gegenseitige Vertrauen, und dann wird von einem guten Einfluss der elterlichen Gewalt auf den Entmündigten überhaupt nicht mehr die Rede sein können.

Die elterliche Gewalt soll nur in der Regel eintreten; damit sagt das Gesetz, die Vormundschaftsbehörde habe jeden Einzelfall zu prüfen, bei Vorliegen der notwendigen Eignung die elterliche Gewalt wieder aufleben zu lassen, andernfalls einen tauglichen Vormund zu bestellen. Schon Art. 273 Abs. 2 setzt sich mit diesem Fall auseinander; die elterliche Gewalt wird nur unter dem Vorbehalt wieder errichtet, dass die Vormundschaftsbehörde nicht die Bestellung eines Vormundes als «angezeigt», als vorteilhafter, erachtet²⁶.

Trotz des Wiedererstehens der elterlichen Gewalt stehen den Eltern jetzt nicht mehr die Erziehungsrechte nach Art. 275—278 zu, ebenso-

²⁵ Egger, Art. 385 N. 5.

²⁶ H. Schulthess, Entstehung und Untergang der elterlichen Gewalt. Diss. Be 1934, S. 104: «In Zürich und Bern ist das der Normalfall; nur selten wird ein Entmündigter unter elterliche Gewalt gestellt.»

wenig die Nutzung am Kindesvermögen nach Art. 292²⁷. Vielmehr üben sie jetzt Fürsorge nach Art. 406 und Vertretung nach Art. 407 aus.

Anders nach österreichischem Recht; hier bedarf es für den Fall, dass mündige Kinder zur Selbständigkeit unfähig sind, keiner Entmündigung. Nach Art. 172 ABGB kann «aus gerechter Ursache die Fortdauer der elterlichen Gewalt auf Ansuchen des Vaters vom Gerichte verwilliget werden». Es muss also kein Entmündigungsgrund vorliegen, gerechte Ursache genügt.

Sind die Eltern geschieden, so ist eine gemeinsame elterliche Gewalt nicht mehr möglich. In diesem Fall wird die Unterstellung des Entmündigten unter Vormundschaft von Vater oder Mutter, falls einer der Elternteile sich eignet, das richtige sein²⁸.

²⁷ Rossel et Mentha, S. 545 Nr. 803.

²⁸ Vgl. H. Vontobel, Die Ausscheidung der Kompetenzen der Fürsorge. Diss. Zch. 1942, S. 65/66.

§ 3. Die Eignung zum Vormund

Wie schon bei der Behandlung der einzelnen Entmündigungsgründe in § 2 mehrmals erwähnt wurde, spielt bei der Wahl des Vormundes seine durch Art. 379 geforderte Eignung eine entscheidende Rolle. Die Wahlbehörde ist gehalten, diesem Erfordernis ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Ihre Aufgabe ist hierbei keine leichte, umfasst doch der Ausdruck «Eignung» verschiedenartigstes. Ja, es darf vorweggenommen werden: alle Erfordernisse, die das Gesetz durch diesen Ausdruck an einen Vormund stellt, kann er nie erfüllen. Denn Art. 379 postuliert m. a. W. den *Idealvormund*, und die Wahlbehörde kann daher lediglich darnach trachten, eine Person zum Vormund zu bestellen, die jenem wenigstens in den Haupterfordernissen annähernd entspricht.

I. DIE ALLGEMEINE EIGNUNG

Schon das zürcherische PGB verlangt in § 746 als Vormund «eine rechtschaffene, verständige und des Zutrauens würdige Person». Entsprechend der Wandlung, welche Sinn und Zweck der Vormundschaft in und seit jener Zeit noch erfahren haben, ist diese Anforderung im ZGB umfassender und tiefgreifender geworden. Selbst Verwandte und Ehegatten müssen diesem Erfordernis genügen, und von ihrer Wahl ist abzusehen, wenn tauglichere¹ Dritte vorhanden sind². Obwohl in der Literatur zum Teil die gegenteilige Ansicht vertreten wird³, hat sich die Praxis und auch die Mehrheit der Autoren auf die Auslegung geeignet, dass die Eignung zur Führung des vormundschaftlichen Amtes der Verwandtschaft vorzugehen habe⁴. Man geht dabei von der Annahme aus, dass in der Erfüllung des Wunsches nach einem bestimmten Vormund bereits der Grund gelegt wird zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen Vormund und Mündel. Schon dieser Möglichkeit wegen muss ein Vertrauensvormund

¹ Meiner Ansicht nach darf das «tauglich» des Art. 380 dem «geeignet» von Art. 379 gleichgesetzt werden. Besagen doch beide Ausdrücke, dass die Person den vom Gesetz an sie gestellten Anforderungen entsprechen müsse, und diese Anforderungen sind in der Hauptsache in beiden Fällen die gleichen.

² Vgl. Fussnote 4.

³ Vgl. Hefti, S. 25, Erläuterungen ZGB S. 276.

⁴ Egger, N. 10 zu 380/381; Rossel et Mentha, 2. Aufl. S. 541; Tuor. S. 257; Kaufmann, 3. Abtg., Bern 1924, N. 10 zu 381. MbVR Bd. 46 Nr. 174, 30 Nr. 125, 25 Nr. 132; SJZ 22, 10 (5), ZVW Bd. 6 Nr. 21.

jedem Dritten, der an und für sich auch geeignet erscheint, vorgezogen werden. Das Vertrauen des Mündels wird ein viel grösseres sein, wenn es oder seine Eltern bei der Wahl mitwirken dürfen. Namentlich ein Entmündigter ist seinem Vertrauensvormund weit zugänglicher, als irgend einem ihm von der Vormundschaftsbehörde bestellten Dritten gegenüber. Gerade Menschen, die eine Bevormundung nötig haben, sind besonders empfindlich und legen jede Massnahme, die ihnen nicht willkommen ist, als zu ihrer Schädigung oder zumindest Verärgerung erlassen, aus. Deshalb darf man von grösserer Tauglichkeit derjenigen Person sprechen, die ausser der allgemeinen Eignung auch noch das Vertrauen oder die Zuneigung des Mündels besitzt⁵.

Die grosse Bedeutung der persönlichen Fürsorge verlangt, dass ein Vormund verschiedene und verschiedenartige Eigenschaften aufweisen soll, wie Geduld, Verständnis für Lage und Umgebung des Mündels, den festen Willen, dem ihm anvertrauten Menschen — und unter Umständen auch seinen Angehörigen — zu helfen, ihm einen gangbaren Weg zu zeigen. Dazu braucht es viel Einfühlungsvermögen, eigene Erfahrung und rasches Ueberblicken und Erfassen fremder Verhältnisse. Um eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Behörde zu sichern, muss der Vormund auch vertrauenswürdig sein. Mündel und Behörden sollten überzeugt sein, dass er mit seinen Handlungen das Wohl seines Schützlings zu erreichen und zu wahren sucht, dass sie ihn ohne Bedenken und Misstrauen gewähren lassen dürfen. Auf diese Art übt auch der Vormund sein Amt mit grösserer Freude und Sorgfalt aus.

Der Vormund muss aber auch in der Lage sein, sein Amt auszuüben, d. h. er muss körperlich und geistig so gesund sein und über so viel Freizeit verfügen, dass er die Mehrbelastung, welche das Amt mit sich bringt, ohne Beeinträchtigung seiner eigenen Aufgaben, seiner Arbeitsleistung und seiner Gesundheit, zur Zufriedenheit der Vormundschaftsbehörde und zum Wohl des Mündels ertragen kann. Für Blinde und Taubstumme wird die Tauglichkeit zum Vormund verneint⁶; ihre Gebrechen sind solcherart, dass der Verkehr mit Mündel und Vormundschaftsbehörde stark gehemmt wäre. Auch sind sie durch ihr Leiden vielfach misstrauisch gegenüber ihrer Umwelt geworden, und würden einem

⁵ ZVW Bd. 6 Nr. 22, S. 65.

⁶ Vgl. B. Vogel, Die privatrechtliche Stellung der Taubstummen und Blinden, 1912, S. 63.

Mündel mehr schaden als nützen. Hingegen darf eine verkrüppelte Person wohl als tauglich betrachtet werden. Eine Behinderung der Gliedmassen kann heutzutage erleichtert werden, und vielfach haben derart benachteiligte Menschen mehr Zeit und durch ihr eigenes Leiden mehr Erkenntnis und Erfahrung gesammelt, weshalb sie sich vorzüglich zur Führung eines vormundschaftlichen Amtes eignen.

II. DIE EIGNUNG FÜR DEN EINZELNEN BEVORMUNDUNGSFALL

1. Allgemeines

Die besondere Eignung des Vormundes bestimmt sich nach seiner konkreten Aufgabe, die sich ihrerseits aus dem vorliegenden Bevormundungsgrund ergibt. Sie bestimmt sich m. a. W. nach den persönlichen und vermögensrechtlichen Verhältnissen des Mündels, also nach seinem Alter, seiner Konfession, der Bildung, der sozialen Stellung usw.⁷ Die Anforderungen, welche an den Vormund gestellt werden, sind in jedem Bevormundungsfall, je nach den Bedürfnissen des Mündels, wieder anders.

2. Die Frau als Vormund

Durch das ZGB wurde dem Postulat der modernen Auffassung vom vormundschaftlichen Amte Rechnung getragen, indem darnach auch Frauen zu diesem Amte wählbar sind und so die Möglichkeit der Wahl von geeigneten Vormündern entsprechend erweitert wurde. Ausdrücklich ist diese Wählbarkeit der Frau zwar nirgends geregelt, doch ergibt sie sich aus ZGB Art. 379 Abs. 1, wo ganz allgemein von «mündiger Person» gesprochen wird⁸. Bei den Beratungen zum ZGB wurde vorgeschlagen, diese Neuregelung ausdrücklich im Gesetzestext zu verankern⁹; der Vorschlag wurde dann aber als überflüssig wieder fallen gelassen. Vor allem im Hinblick auf ländliche Verhältnisse wäre jedoch die ausdrückliche Aufführung der Frau im Gesetze selbst durchaus angebracht und wünschbar gewesen. Denn auch heute noch herrscht vielerorts die Ansicht vor, das eine Frau unfähig sei zur Führung des vormundschaft-

⁷ Egger, Art. 379 N. 10; Kaufmann, Art. 379 N. 6; H. Oettli, S. 8 ff.

⁸ Ähnlich ist die Regelung im dBGB (§ 1779) und im CC Art. 348.

⁹ Sten Bull 16, S. 69.

lichen Amtes¹⁰, im besondern auf jeden Fall von der Vermögensverwaltung nichts verstehe.

Die Prüfung der Frage, ob eine Frau zur Führung einer bestimmten Vormundschaft geeignet sei, liegt im Ermessen der Vormundschaftsbehörde, die diese Prüfung auch hier nach Massgabe von Art. 379 vorzunehmen hat.

Vom Gesetz wird eine als Vormund vorgeschlagene Frau soweit ungleich behandelt, als dass für sie kein Zwang zur Uebernahme des Amtes besteht (Art. 382). Sie kann also in jedem Fall die Annahme des Amtes ablehnen. Von besonderer Bedeutung ist die Vormundschaft der Frau über Minderjährige: also über Vollwaisen, uneheliche Kinder und Kinder aus zerrütteten Ehen. Hier besteht die Aufgabe des Vormundes vornehmlich in der Fürsorge um das geistige und körperliche Wohlergehen des Kindes, das einen Helfer braucht, welcher fähig ist, dem jungen Menschen den richtigen Weg zu zeigen. «Die Verantwortung, die ein Vormund zu tragen hat, ist bei der Betreuung von Minderjährigen ganz besonders gross, erstrecken sich doch die Auswirkungen der in der Entwicklungszeit eines Menschen getroffenen Entscheidungen recht oft auf das ganze Leben, in gutem oder schlechtem Sinne»¹¹.

Erfahrungsgemäss eignet sich eine Frau zur Erziehung und zur Auf-
erziehung kleinerer Kinder gut, da es hier hauptsächlich um die persönliche Fürsorge geht. Sie weiss besser als der Mann, um alle die kleinen und grossen Nöte des Kindes, sie weiss, dass neben Nahrung und Kleidung noch anderen Bedürfnissen Rechnung getragen werden muss¹². Die Frau wird namentlich auch da ihrer Pflicht genügen können, wo der Unmündige in eine fremde Familie versorgt wurde. Ihre natürlichen Anlagen lassen sie hier in manchen Beziehungen geeigneter erscheinen als den Mann. Mit Einsicht und Verständnis vermag sie in die Erziehung oder Behandlung einzugreifen, wenn dies nötig wird¹³; allfällige Fragen und Schwierigkeiten, die bei der Berufswahl auftreten, wird sie zu verstehen und zu lösen versuchen. Ueberhaupt bedeutet die Vormundschaftsführung für eine Frau weniger eine geschäftliche, als vielmehr eine menschliche

¹⁰ Vgl. R. Briner, Jahrbuch der Jugendhilfe, 15, 1935, 43.

¹¹ Herbert Fischer, Die Vorteile der Amtsvormundschaft, Referat, ZVW Bd. 4, S. 1.

¹² Sten Bull 16, S. 67 ff.; Egger, Art. 379 N. 6.

¹³ R. Briner, Die Frau im Dienste der Vormundschaft und der Jugendstrafrechts-
pflege, Vortrag, 1923, S. 7.

Angelegenheit. Bei dieser Auffassung kann sie hin und wieder mit Güte erreichen, was kein Mann mit Strenge fertig bringt.

Die Eignung der Frau zur Führung des vormundschaftlichen Amtes hat die Praxis bis heute bestätigt. Nur ist die Zahl der weiblichen Vormundschaften eine relativ kleine¹³; die Erklärung dafür findet sich in dem Vorurteil, das immer noch oft ihnen gegenüber besteht, und bis anhin gegen eine bessere Einsicht wenigstens zahlenmässig den Sieg davongetragen hat.

Nicht nur für Kinder, sondern auch für entmündigte Personen ist die Frau als Vormund wählbar. So kann ihr die Vormundschaft über den entmündigten Ehemann übertragen werden (Art. 380). Eine solche Lösung wird zwar selten befriedigen, denn solange der bevormundete Ehemann mit seiner Frau zusammenlebt, wird er versuchen, sich in die Verwaltung einzumischen und seine Frau, also den Vormund, zu beeinflussen¹⁴.

3. *Vormund und Konfession*

Unter den Begriff der besondern Eignung gehört auch die Frage nach der Konfession von Mündel und Vormund. Einerseits wird energisch gefordert, dass beide dem gleichen Religionsbekenntnis angehören müssten. Andererseits wieder wird dieses Moment überhaupt nicht berücksichtigt, und das Mündel schlecht und recht, je nach seiner Umgebung, mit einer Religion vertraut gemacht. Die wegweisende Bestimmung über die religiöse Erziehung enthält Art. 49 Abs. 3 BV: «Ueber die religiöse Erziehung der Kinder bis zum erfüllten 16. Altersjahr verfügt ... der Inhaber der väterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt.» Als privatrechtliche Ausführungsbestimmung dazu erklärt das ZGB in Art. 277 Abs. 1: «Ueber die religiöse Erziehung des Kindes verfügen die Eltern». Diese Vorschrift, die grundsätzlich das Verhältnis zwischen Eltern und ihren Kindern regelt, kann nun nicht analog auf das Verhältnis Vormund-Mündel angewendet werden. Art. 378 Abs. 3 stellt die Entscheidung über religiöse Fragen, die sich bei der Vormundschaftsführung ergeben könnten, der heimatlichen Vormundschaftsbehörde anheim. Probleme über *Konfessionszugehörigkeit* werden sich indes kaum je einstellen. Sie wurden von den Eltern bereits gelöst, als sie das Kind in einem bestimmten Glauben aufgezogen oder diesbezügliche Wünsche äusserten. Eine Ab-

¹⁴ Vgl. E. Bleuler, Lehrbuch der Psychiatrie, 5. Auflage S. 189. MbVR 33 Nr. 9.

änderung darf von der heimatlichen Vormundschaftsbehörde nicht vorgenommen werden. Hingegen kann die *religiöse Erziehung* Schwierigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten mit sich bringen. Ist das betreffende Mündel einigermassen verständig und selbständig, so soll in erster Linie es selbst befragt werden¹⁵. Handelt es sich um Kleinkinder und solche unter 16 Jahren, denen die nötige Einsicht abgeht, so ist vom Vormund die Weisung der heimatlichen Vormundschaftsbehörde einzuholen und zu befolgen (Art. 378 Abs. 3).

Um den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden, ist es also unerlässlich, den zu wählenden Vormund auch dahin zu prüfen, ob er entweder der gleichen Konfession wie das Mündel angehört, oder aber genügend Gewähr bietet und Einsicht dafür zeigt, dass das Mündel in seiner angestammten Religion weiter unterrichtet und auferzogen werde^{16, 17}.

In diesem Sinne darf man auch hier, wo es um die religiöse Einstellung einer zum Vormund zu wählenden Person geht, von grösserer oder geringerer Eignung sprechen.

4. Beruf, Bildung und soziale Stellung des Vormundes

Weitere Faktoren, die die Vormundschaftsbehörde bei der Auswahl eines Vormundes berücksichtigen muss, sind Beruf, Bildung und soziale Stellung der in Frage kommenden Person. Es soll nicht jemand als Vormund gewählt werden, der aus beruflichen Gründen zu oft abwesend oder so stark in Anspruch genommen ist, dass seine Tätigkeit als Vormund darunter leidet. Auch ist es wünschenswert, und in vielen Fällen sogar unerlässlich, dass der Vormund zur Führung einer bestimmten Vormundschaft eine besondere Ausbildung besitzt. Das Mündel ist z. B. Besitzer eines Geschäftes, eines Bauerngewerbes¹⁸, oder es sind Grundstücke zu verwalten; in allen diesen Fällen ist es unumgänglich, dass der Vormund auf dem betreffenden Gebiet besondere Kenntnisse aufweist.

Aus ähnlichen Gründen werden auch vielfach in der Fürsorge tätige Personen zu Vormündern gewählt. Sie kennen die verschiedenen Hilfs-

¹⁵ Vgl. Egger, Art. 378 N. 15.

¹⁶ Die meisten Kant. Rechte enthielten Hinweise auf die relig. Erziehung. So erklärte z. B. Zch., PG § 341, den Vormund der Unmündigen als verpflichtet, «für gute Erziehung, religiöse und sittliche Entwicklung ... wie ein Vater zu sorgen» (Huber, Privatrecht, Bd. I, S. 665).

¹⁷ Vgl. ZVB Bd. 6, Nr. 15, S. 38.

¹⁸ ZVW 6, 23.

mittel und Fürsorgestellen besser, die man in schwierigen Situationen beizieht. Aber lediglich aus Bequemlichkeit — geeignete Einzelvormünder sind oft schwierig zu finden — darf sich die Vormundschaftsbehörde nicht einfach auf diese qualifizierten Personen beschränken¹⁹.

Unter bestimmten Umständen kann auch die soziale Stellung des Vormundes von Bedeutung sein. In der Regel sollte sie sich nicht oder nur wenig von derjenigen des Mündels abheben. Grosse Unterschiede können auch hier nur hemmend oder gar schädlich wirken, da sie das gegenseitige Verständnis hindern. Gerade bei Entmündigten ist es wichtig, dass beide, Vormund und Mündel, sich auf gleicher Ebene bewegen; beide leben dann in ähnlicheren Interessenkreisen und verstehen ihre gegenseitigen Handlungen eher.

5. Der Bevormundungsgrund

Ein weiteres wichtiges Kriterium bei der Auswahl eines Vormundes ist der Grund der Bevormundung. Es ist nicht bedeutungslos für die Wahl, ob eine Person wegen Trunksucht, Geisteskrankheit oder Unmündigkeit bevormundet wird. Je nach dem konkreten Fall werden die Fähigkeiten eines Vormundes andere sein müssen. Schwierigkeiten werden sich vor allem dort ergeben, wo Vormünder für Entmündigte benötigt werden²⁰.

Auch herrschen hier vielfach finanzielle Sorgen und Bedrängnisse, welche vom Vormund für das Mündel und dessen Angehörige geordnet und gebessert werden sollten. Um in diesen manchmal so hoffnungslos erscheinenden Fällen einen Ausweg zu finden, dafür braucht es erfahrene, mutige und gewissenhafte Personen, und es ist daher nicht nur gerechtfertigt, sondern auch geboten, dass ihre Auswahl nach allen erörterten Gesichtspunkten mit jeder möglichen Sorgfalt vorgenommen werde.

III. ABLEHNUNGSGRÜNDE

A) Im Allgemeinen

Art. 382 statuiert eine allgemeine Uebernahmepflicht für das vormundschaftliche Amt. Um die Härte dieser Bestimmung zu mildern, stellt ihr Art. 383 eine Anzahl Ablehnungsgründe gegenüber. Sie kommen dann

¹⁹ Eger, Art. 379, N. 11.

²⁰ Vgl. Egger, Art. 379, N. 10.

zur Anwendung, wenn wegen besonderer persönlicher Verhältnisse die Uebernahme einer Vormundschaft nicht zumutbar ist. Die Aufzählung in Art. 383 kann aber nicht als erschöpfend betrachtet werden, zumal in verschiedenen andern Artikeln noch weitere Ausnahmen von der Uebernahmepflicht genannt werden: z. B. Frauen 382 Abs. 1; Ernennung des Vormundes durch Familienrat Art. 382 Abs. 2; Mit-Vormundschaft Art. 379 Abs. 3. Daneben wird in Art. 383 Z. 6 den Kantonen freigestellt, noch weitere Personen, nämlich kantonale Beamte und Behördemitglieder von der Uebernahmepflicht zu befreien.

Die Begründung, wann bestimmten Personen die Ablehnung des vormundschaftlichen Amtes eingeräumt wird, ergibt sich, dem Willen des Gesetzgebers und dem Sinn des Gesetzes entsprechend, hauptsächlich aus dem Schutze der Mündelinteressen. Alten, gebrechlichen, vielbeschäftigten oder eine besondere Stellung innehabenden Personen soll zum vorneherein die Möglichkeit geboten sein das Amt abzulehnen, wenn aus den genannten Gründen ihre Eignung beeinträchtigt wird. Art. 383 wird auch von der Vormundschaftsbehörde zu berücksichtigen sein, denn macht der Vormund einen Ablehnungsgrund, den er grundsätzlich vorbringen könnte, nicht geltend, so liegt es an der Behörde zu prüfen, ob diese Person dennoch die nötige Eignung besitze. Darüber hinaus will das Gesetz natürlich auch verhüten, dass Personen, die eine Mehrbelastung nicht ertragen, zur Uebernahme weiterer Pflichten gezwungen werden können. Art. 382 dürfte keine derart absolut gefasste Pflicht aufstellen, wenn nicht auch Sonderfälle durch Ausnahmen berücksichtigt würden.

B) Die einzelnen Ablehnungsfälle

1. Erfüllung des 60. Altersjahres (Art. 383 Z. 1):

Dieses Alter muss jedoch vor der Wahl erreicht sein. Wird die betreffende Person erst während der Amtsdauer 60 Jahre alt, so kann dies nicht etwa als Ablehnungsgrund geltend gemacht werden. Ueberhaupt erscheint die Altersgrenze als reichlich niedrig angesetzt²¹, sind doch z. B. viele Beamte bis zum 65. Jahre ihrem Amte verpflichtet, ja, steht es ihnen sogar

²¹ Egger, Art. 383, N. 2.

frei, bis zum 70. Altersjahre darin zu verbleiben²². Viele Personen haben auch erst im fortgeschrittenen Alter Zeit und Möglichkeit, noch eine Zusatzbelastung zu übernehmen. Diese alle können sich nun auf Grund von Art. 383 Z. 1 diesen Aufgaben entziehen, wenn schon viele von ihnen mehr Zeit zur Verfügung hätten und auch sonst als Vormund geeigneter wären als manche, die zur Uebernahme verpflichtet sind. Das ZGB steht immerhin seit 40 Jahren in Kraft, und in dieser Zeit hat sich die Ansicht darüber gewandelt, ob eine 60jährige Person bereits zu gewissen Arbeiten unfähig sei.

2. Körperliche Gebrechen (Art. 383 Z. 2):

Darunter sind in diesem Zusammenhang nur die leichteren, d. h. solche Gebrechen zu verstehen, die eine Amtsführung erschweren, den Vormund in seiner Tätigkeit behindern würden: z. B. Sprachfehler, Erschwerung der Bewegungsfreiheit²³. Unbedeutende Anzeichen leichter Kränklichkeit wie hoher Blutdruck, Lungenerweiterung, Nervosität, bilden keine Ablehnungsgründe²⁴. Die schweren Gebrechen, wie Blindheit, Taubstummheit, schwere Verstümmelung, bringen grundsätzlich Untauglichkeit zum Amte mit sich²⁵. Sie hindern die Möglichkeit des Verkehrs zwischen Vormund und Mündel oder heben ihn auf. Hinzuzufügen sind auch alle jene Leiden, die das (hier in erster Linie unmündige) Mündel nachhaltig beeindrucken. Z. B. abstossende körperliche Entstellung, die etwa durch einen Unfall oder eine Operation bedingt ist, ferner ausserordentliche Gewohnheiten und andere auffällige Aeusserlichkeiten, die ein Kind zu beeindrucken vermögen, so dass es sich mehr als notwendig damit beschäftigt.

Uebertragbare Krankheiten, wie Tuberkulose oder gewisse infektiöse Erkrankungen bilden meines Erachtens Ausschlussgründe. Sie beeinträchtigen die Eignung so stark, dass bei ihrem Auftreten oder Bekanntwerden der betreffende Vormund in seinem Amte eingestellt werden

²² Vgl. z. B. VO über die Lehrerplichten und Besoldungen der ord. und a. o. Professoren der Universität Zürich, vom 23. Mai 1921, § 11: «Die Professoren der Universität sind nach dem zurückgelegten 65. Altersjahre berechtigt, nach dem 70. Altersjahre verpflichtet, mit den gesetzlichen Ansprüchen auf Gewährung eines Ruhegehaltes in den Ruhestand zu treten.» OS 32, S. 110.

²³ Vgl. jedoch vorne S. 26.

²⁴ MbVR 36 Nr. 57; 46, Nr. 8.

²⁵ Vgl. B. Vogel, Die privatrechtliche Stellung der Blinden und Taubstummen, S. 63 ff.

muss, Art. 443 Abs. 1. Jedes weitere Verbleiben darin bis zum Ablauf der Amtsdauer wäre unverantwortlich und würde eine grobe Pflichtverletzung von Vormund und Vormundschaftsbehörden bedeuten.

3. Elterliche Gewalt über fünf und mehr Kinder (Art. 383 Z. 3):

Massgebend ist die Zahl der im Zeitpunkt der Wahl unter elterlicher Gewalt stehenden Kinder. Hiezu sind auch entmündigte Kinder zu zählen, die gemäss Art. 385 Abs. 3 wieder unter die elterliche Gewalt gestellt wurden²⁶. Besagt dieser Artikel doch ausdrücklich: «... so tritt an Stelle der Vormundschaft... die elterliche Gewalt».

4. Besorgung einer besonders zeitraubenden oder zwei anderer Vormundschaften (Art. 383 Z. 4):

Besonders zeitraubend wird eine Vormundschaft namentlich in jenen Fällen sein, wo das Mündel in unübersichtlichen Verhältnissen steht, wenn der Unmündige bei der Erziehung Schwierigkeiten bereitet, ferner bei Entmündigten, wenn allenfalls die Sorge um die übrige Familie gleichsam in die Vormundschaft miteingeschlossen ist. Die Führung einer Vormundschaft wird in den meisten Fällen zeitraubend sein, sobald sie gewissenhaft und sorgfältig besorgt wird; weniger Zeit wird ein Mündel beanspruchen, das in einer Anstalt aufgehoben ist.

Die Vormundschaftsbehörde wird jedoch auch bei Geltendmachung dieses Ablehnungsgrundes für jeden Einzelfall prüfen müssen, ob es sich um eine besonders zeitraubende Vormundschaft handelt, und ob die Uebertragung einer weiteren Vormundschaft der bereits als Vormund amtierenden Person zuzumuten sei oder eine zu grosse Belastung bedeute.

5. Die obersten Bundesbehörden (Art. 383 Z. 5):

Es fragt sich, ob die Aufzählung in Z. 5 vollständig sei. Egger²⁷ zählt auch die Mitglieder des eidgenössischen Versicherungsgerichtes und die obersten Armeechefs dazu. Hingegen haben Berufsmilitärpersonen, welche nicht der obersten Armeeleitung angehören, kein Ablehnungsrecht²⁸. Sie

²⁶ Kaufmann, Art. 383, N. 5.

²⁷ Egger, Art. 383, N. 6.

²⁸ SJZ 8, 355, Nr. 342.

stehen in dieser Hinsicht auf gleicher Stufe mit allen jenen Bundesbeamten, die Art. 383 Z. 5 nicht erwähnt.

Massgebend ist vielmehr der Gedanke, der hinter der Aufzählung steht. Und diesem Sinne entspricht es, dass Personen, die durch ihren Beruf bereits im Dienste der Oeffentlichkeit tätig sind, durch Uebernahme von Vormundschaften nicht unbillig belastet werden²⁹.

6. Kantonale Beamte (Art. 383 Z. 6):

Das ZGB stellt es hier den Kantonen anheim, wie weit sie ihre Beamten und Behördemitglieder vom Uebernahmewang befreien wollen. Verschiedene Kantone haben von der Bestimmung keinen Gebrauch gemacht, so Aargau, Basel-Stadt, Genf, Neuenburg, Schwyz, Obwalden, Zürich. Sowohl Appenzell-IR wie AR bestimmen sogar ausdrücklich (AR § 49, IR § 54), dass unter Vorbehalt von 383 Z. 1—5 alle in bürgerlichen Ehren stehende und in einer Gemeinde des Kantons wohnhaften Männer zur Uebernahme verpflichtet sind. Andere Kantone, wie Bern, Freiburg, Luzern, St. Gallen Tessin, Waadt, Solothurn, sehen Ausnahmen vor für die Mitglieder des Regierungsrates und des Obergerichtes, für die Staatsanwälte und die Gerichtspräsidenten. Solothurn (§ 145) dehnt diese Ausnahme zudem auf die Geistlichen aus, während Zug (§ 52) sich auf die Regierungsräte und Glarus (§ 75) sich auf den Kantonsgerichtspräsidenten, bzw. Zivilgerichtspräsidenten beschränken. Nidwalden (§ 51), Graubünden (Art. 68) und Uri (§ 46) gestatten den Mitgliedern des Regierungsrates die Geltendmachung von Ablehnungsgründen. Am weitesten gehen die Einführungsgesetze von Schaffhausen (Art. 52) und Wallis (Art. 112), die ausser den erwähnten Behördemitgliedern auch noch diejenigen der Vormundschaftsbehörde anführen. Basel-Land (§ 50) führt neben den Bezirksschreibern und deren Sekretären, die Beamten und Angestellten der Kantonalbanken auf.

Der Sinn aller dieser kantonalen Bestimmungen liegt wiederum darin, bestimmten Personen, die durch ihre Tätigkeit im Dienste der Oeffentlichkeit mehr als andere beansprucht werden, von der zwangsweisen Uebernahme weiterer Aemter zu schützen. Die Vormundschaftsbehörde wird deshalb auch dort von Zwang absehen, wo es sich um Personen handelt, deren Amtsstellung nicht im Einführungsgesetz erwähnt ist, z. B. bei Ge-

²⁹ Egger, Art. 383, N. 6.

meindeamännern, Betreibungsbeamten und anderen Gemeindeamtsträgern. Sie leisten bereits mehr für die Öffentlichkeit als die übrigen Gemeindeglieder und sollten zu keiner Vormundschaftsübernahme gezwungen werden³⁰.

IV. AUSSCHLIESSUNGSGRÜNDE

Im Gegensatz zu den Ablehnungsgründen, die nur im Falle ihrer Geltendmachung, d. h. innert 10 Tagen vom Zeitpunkt der Mitteilung der Wahl an (Art. 388 Abs. 1), zu einer Dispensation vom Amte führen, sind Personen, welche einen der Ausschlussgründe erfüllen, überhaupt nicht wählbar (Art. 384). Eine dennoch erfolgte Wahl wird aber erst durch Ungültigkeitserklärung seitens der Vormundschaftsbehörde aufgehoben. Zur Anfechtung einer solchen Wahl ist jeder Interessierte berechtigt (Art. 388 Abs. 2); auch der Gewählte selbst ist verpflichtet, die Gesetzeswidrigkeit seiner Wahl bei der Vormundschaftsbehörde anzuzeigen, bzw. sein Amt niederzulegen (Art. 442 Abs. 1). Gemäss Art. 389 ist jedoch auch der zu Unrecht gewählte Vormund «bei seiner Verantwortlichkeit verpflichtet, die Vormundschaft zu führen, bis er des Amtes enthoben wird». Es ist also nicht so, dass die zu Unrecht erfolgte Wahl und damit alle vom Vormund bereits vorgenommenen Handlungen rückwirkend nichtig sind³¹. Im Gegenteil, der Vormund ist verpflichtet, alle dringenden Handlungen vorzunehmen, welche das Amt vorläufig erfordert³². Er ist dazu so lange verpflichtet, bis ein neuer Vormund das Amt übernimmt oder die Lage sonstwie abgeklärt wird. Das Gesetz gibt in Art. 384 eine erschöpfende Aufzählung der zur Ausschluss führenden Gründe.

1. Personen, die selbst bevormundet sind (Art. 384 Z. 1):

Dieser Grund spielt in der Praxis verständlicherweise nur eine unbedeutende Rolle. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass eine bevormundete Person je in die Lage kommt, als Vormund vorgeschlagen zu werden. Da

³⁰ Egger, Art. 383, N. 7.

³¹ Vgl. dazu H. Lüscher, a. a. O. S. 66/67; Curti, Art. 384 N. 2; Egger, Art. 384 N. 3; Tuor, Das Schweiz. ZGB, 1948, S. 264. A. M. Kaufmann, Art. 384 N. 15. Rossel et Mentha, Bd. I, S. 543.

³² In der Praxis wird der Vormund in den meisten Fällen unverzüglich entlassen. Das Amt wird einem für dringende Fälle bereitgehaltenen Vormund übertragen oder auch die Amtsvormundschaft abgegeben (vgl. hinten S. 67).

brächte die Forderung nach der Nähe des Wohnsitzes von Vormund und Mündel allein schon Schwierigkeiten mit sich³³; ganz abgesehen von der Prüfungspflicht der Vormundschaftsbehörde³⁴.

Hingegen sind Personen, die unter Beistand- oder Beiratschaft stehen von einer Wahl nicht ausgeschlossen. Ebenso fallen Personen nicht unter Art. 384 Z. 1. gegen die irgendwelche andere Massnahmen ergriffen wurden. In solch problematischen Fällen erhebt sich lediglich die Frage, ob sie die allgemeinen Erfordernisse von Art. 379 Abs. 1 erfüllen³⁵.

2. Personen, die nicht im Besitze der bürgerlichen Ehren und Rechte stehen oder die einen unehrenhaften Lebenswandel führen (Art. 384 Z. 2):

a) Die bürgerlichen Ehren und Rechte werden einer Person durch gerichtliches Urteil abgesprochen³⁶. Dies wird in der Hauptsache dann geschehen, wenn ein Verbrechen oder Vergehen eine besonders ehrlose, niedrige Gesinnung offenbart. Eine Entziehung der bürgerlichen Ehren und Rechte kann auch dann erfolgen, wenn die fehlbare Person mit dunkeln Machenschaften sich und andere geschädigt hat (StGB Art. 171). Auch Frauen und Ausländer sind im Besitze von bürgerlichen Ehren und Rechte, die ihnen entzogen werden können. Geschieht dieser Entzug nur für eine bestimmte Dauer, so ist nach Ablauf dieser Zeit die betreffende Person in dieser Hinsicht als Vormund wieder wählbar. Es wird aber auch hier eine sorgfältige Prüfung der allgemeinen Tauglichkeit³⁷ besonders wichtig sein.

b) Der unehrenhafte Lebenswandel ist ein recht dehnbarer Begriff und wird je nach Gegend, Zeit und Umständen verschieden beurteilt werden. Die schlimmste Form der Unehrenhaftigkeit, der lasterhafte Lebenswandel, hat Bevormundung zur Folge (Art. 374 Abs. 1) und fällt deshalb hier, gemäss Art. 384 Z. 1 ausser Betracht. Bei weniger schwerwiegenden Formen hat die Vormundschaftsbehörde zu prüfen, und zu entscheiden, ob eine Person unter Art. 384 Z. 2 falle, d. h., ob sie durch die Art und

³³ Vgl. vorne S. 21.

³⁴ Vgl. vorne S. 16.

³⁵ Vgl. vorne S. 25 ff.

³⁶ Vgl. StGB Art. 52, wo der Vormund in Z. 2 ausdrücklich genannt wird.

³⁷ Vgl. vorne S. 25 ff.

Weise ihrer Lebensführung Anstoss oder Verachtung erzeuge, ob ihre Ehre dadurch eine tatsächliche Minderung erfahren habe. Kaufmann³⁸ zählt als solche Personen die Wucherer, Schmuggler und Bettler auf³⁹.

3. Interessenkollision, Verfeindung (Art. 384 Z. 3):

a) Eine Interessenkollision wird dann als gegeben erachtet, wenn sie eine erhebliche und dauernde ist. In der Hauptsache wird es sich um *vermögensrechtliche Interessengegensätze* zwischen Vormund und Mündel handeln.

Eine dauernde Kollision liegt z. B. vor, wenn der Ehemann als Vormund seiner versorgten Frau ihr Vermögen anbraucht zur Deckung der Anstaltskosten⁴⁰. Der Ehemann trachtet darnach, möglichst wenig von seinem Verdienst beizusteuern, die Ehefrau hat ein Interesse daran, dass ihr Vermögen geschont und der Ehemann zu Zahlungen verpflichtet wird.

Als Ausschliessungsgrund wird auch der Interessengegensatz betrachtet, der durch eine Erbstreitigkeit zwischen der Frau des Vormundes und der Bevormundeten (zwei Schwestern) besteht⁴¹. Der in Aussicht stehende Prozess und die damit verbundene Abneigung oder Verfeindung zwischen den Parteien bringen erhebliche und vielleicht auch andauernde Reibungen und Widersprüche mit sich.

Einen weiteren Ausschliessungsgrund bildet die Tatsache eines bevorstehenden Pachtvertragsabschlusses zwischen Vormund und Mündel⁴². Gerade in Fällen, wo das Mündel Grundstücke zu verpachten hat, ist ein aufmerksamer Vormund, der den Pächter unter Kontrolle hält und ihn gegebenenfalls auch an die Pachtbedingungen zu mahnen imstande ist, von besonderer Bedeutung.

Ein Interessenkonflikt *persönlicher* Natur, der als Ausschliessungsgrund in Frage kommt, kann sich aus dem Beruf des zu Wählenden ergeben⁴³. Der Polizist, der schon mehrmals zum Einschreiten bei ehelichen Streitigkeiten und andern Vergehen des Mündels genötigt war, wird sich als Vormund kaum eignen, da das gute Einvernehmen und Vertrauen zwischen beiden schon zu Beginn der Vormundschaft gestört ist und sich

³⁸ Kaufmann, Art. 384 N. 7.

³⁹ Ein derart genereller Ausschluss best. Personen ist m. E. unstatthaft, da in jedem «Erwerbszweig» ehrenhafte und ehrlose Personen zu finden sind.

⁴⁰ SJZ XIII 345 (Nr. 286).

⁴¹ ZBl 34 S. 44.

⁴² MbVR 42 Nr. 43.

⁴³ SJZ XXXIV 119 (Nr. 88).

wohl nie einstellen würde. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit weiterer Uebertretungen von Gesetz und Ordnung seitens des Mündels, was den Vormund in seiner Funktion als Polizisten in recht zwiespältige Situationen bringen dürfte.

Keinen Ausschlussgrund setzt der Interessengegensatz voraus, welcher sich naturgemäss einstellt, wenn der Vormund sein Mündel bei sich aufnimmt und eine Entschädigung für den Unterhalt bezieht⁴⁴. Die Angemessenheit der verlangten Entschädigung kann von der Vormundschaftsbehörde leicht überprüft und allenfalls beanstandet werden.

Zulässig ist ebenfalls die Wahl der Tochter zum Vormund der Mutter, welche einer Erbengemeinschaft angehört. Es liegt keine Interessenkollision vor, wenn die Tochter als Vormund ihrer Mutter deren Interessen in der Erbschaftsangelegenheit vertritt, und zugleich als Bevollmächtigte der übrigen abwesenden Miterben auch für diese handelt⁴⁵. Zu einer Kollision käme es erst, wenn auch der Vormund, d. h. die Tochter, Miterbe wäre.

b) Feindliche Einstellung zwischen Vormund und Mündel ist ein weiterer Ausschlussgrund. Die Verfeindung muss eine erhebliche und gegenseitige sein; einseitige feindliche Einstellung des Mündels gegen den Vormund genügt nicht⁴⁶. Unwesentlich für Art. 384 Z. 2 sind Streitigkeiten, welche lediglich zwischen Vormund und Verwandten des Mündels bestehen. In diesen Fällen drängt sich das allgemeine Erfordernis der Eignung in den Vordergrund und die Vormundschaftsbehörde wird auf den Einzelfall Rücksicht nehmen müssen.

4. Mitglieder der vormundschaftlichen Behörden (Art. 384 Z. 4):

Der Sinn dieses Ausschlussgrundes ist der gleiche, wie bei den sogenannten Inkompatibilitätsbestimmungen der BV (Art. 77, 81, 108): es soll niemand Richter in eigener Sache sein⁴⁷. Denn Schwierigkeiten müssten sich z. B. auch hier ergeben, wenn gegen den Vormund Beschwerden an die Vormundschaftsbehörde, der er selber angehört, erhoben werden. In diesem Fall hätte der Vormund als Mitglied der Vormundschaftsbehörde über sich selbst zu urteilen, da er sozusagen sein eigener

⁴⁴ SJZ XXIV 22 (Nr. 16).

⁴⁵ ZVW Bd. 1 Nr. 48.

⁴⁶ ZVW Bd. 1 Nr. 23: «...ne reposant que sur des griefs subjectifs et non établis».

⁴⁷ Egger, Art. 384 N. 10 zählt noch weitere Gründe auf wie: Erschüttern des Vertrauens des Mündels in die Behörde, An-sich-ziehen der einträglichen Vermögensgegenstände durch die Behördemitglieder.

Vorgesetzter ist ⁴⁸. Einem solchen unhaltbaren und dem Sinn des Beschwerderechts widersprechenden Verfahren kann nur dadurch begegnet werden, dass sich das betreffende Behördemitglied jedesmal in Ausstand begibt, wenn über seine eigene Vormundschaft Beschluss gefasst werden soll. Nichtsdestoweniger bleibt ein derartiger Zustand stets problematisch, denn auch in einer seriös arbeitenden Vormundschaftsbehörde könnte es zu einem argen Gewissenskonflikt zwischen kollegialer Rücksicht und strenger Handhabung des Prüfungsrechtes kommen. Der Uebelstand kann nur dann auf ein Mindestmass herabgesetzt werden, wenn Behördemitglieder grundsätzlich überhaupt nicht als Vormünder gewählt werden dürfen. Daher bestimmt das Gesetz in Art. 384 Z. 4, dass «die Mitglieder...» nicht wählbar sind, «solange...». Der Wortlaut dieser Bestimmung stellt es vor allem der Behörde anheim, ob sie ihre Mitglieder von der Uebernahme von Vormundschaften ausnehmen will; denn sie hat es in der Hand, vorerst eine als Vormund geeignete Person zu suchen und diese Suche mehr oder weniger intensiv zu gestalten. Unterlässt sie dieselbe überhaupt oder verläuft sie ergebnislos, so findet sich eben keine «andere taugliche Person» und Art. 384 Z. 4 kommt nicht zur Anwendung. Dann sind wir wieder dort angelangt, wovon wir ausgegangen sind: beim vorne erwähnten Misstand!

Die Kantone können bestimmen, welche Personen in ihrem Gebiet als Mitglieder der Vormundschaftsbehörde im Sinne des Gesetzes zu betrachten sind. So gilt z. B. im Kanton Thurgau der Vormundschaftssekretär als eine solche Person ⁴⁹. Die Mitglieder der Aufsichtsbehörde sind nach dem vorne gesagten durch den Wortlaut des Gesetzes bereits, ja in erster Linie einbezogen. Basel-Land nennt in § 50 EG ZGB «... die Bezirksschreiber und deren Sekretäre, sowie die Beamten und Angestellten der Kantonalbank und deren Filialen».

⁴⁸ SJZ XXXI S. 314.

⁴⁹ Vgl. SJZ XXXI 314.

§ 4. Die Wahl des Vormundes

Dem ZGB ist weder eine gesetzliche noch eine testamentarische Vormundsernennung bekannt¹. In Abweichung von verschiedenen kantonalen Rechten² ist auch eine Ernennung durch die Eltern ausgeschlossen: sie haben nach Art. 381 lediglich ein Recht auf Äusserung ihrer Wünsche³. So bleibt als einzig mögliche Bestellungsart die Wahl durch die *Vormundschaftsbehörde*, Art. 385. Die Aufsichtsbehörde, welche vor Inkrafttreten des ZGB in verschiedenen Kantonen die Wahl vorzunehmen hatte, übt heute diese Funktion nur noch ausnahmsweise aus; z. B. bei Geltendmachung von Ablehnungs- oder Ausschlussgründen oder bei Anfechtung und Weiterzug gemäss Art. 388 Abs. 3, und bei Beschlussunfähigkeit der Vormundschaftsbehörde⁴. Die Wahl selbst ist ein Akt von eher geringer Bedeutung. Wichtig sind die Vorbereitungs-handlungen, die sorgfältige, oft mühsame Auswahl der als Vormund geeigneten Person⁵, die Ueberwindung von Schwierigkeiten, die sich im Verkehr mit den Angehörigen des Mündels und vor allem mit diesem selbst ergeben.

I. DIE WAHLBEHÖRDE

Damit eine Behörde überhaupt zur Wahl des Vormundes schreiten darf, muss sie sich vorerst vom Vorhandensein der gesetzlichen Voraussetzungen überzeugen: ein Unmündiger untersteht keiner elterlichen Gewalt, Art. 368; eine mündige Person ist aus bestimmten Gründen im gerichtlichen Verfahren entmündigt worden und das Urteil in Rechtskraft erwachsen. Liegen diese vom Gesetz verlangten Gegebenheiten vor, so kann die Behörde zur Wahl derjenigen Person schreiten, welche ihr nach sorgfältiger Prüfung aller Umstände, für den betreffenden Fall die geeignetste scheint.

Das Gesetz spricht in Art. 360 und 361 von vormundschaftlichen Behörden und teilt diese auf in Vormundschaftsbehörde und ein oder zwei

¹ Vgl. Einleitung S. 7/8.

² Huber, Privatrecht, Bd. 1, S. 594 ff.

³ Vgl. vorne S. 18.

⁴ MbVR 37 Nr. 6; Interessenkollision einer grossen Anzahl der Mitglieder der Vormundschaftsbehörde. Treten diese alle in Ausstand, so ist die Behörde nicht beschlussfähig.

⁵ Vgl. vorne S. 25 ff.

Aufsichtsbehörden. Jede weitere Kompetenzverteilung ist dem kantonalen Recht vorbehalten. Als Wahlbehörde kommt einheitlich die Vormundschaftsbehörde in Betracht, Art. 379 Abs. 1⁶. Sie ist in der Regel eine Kollegialbehörde⁷, die gemeindeweise organisiert ist⁸. In den welschen Kantonen Freiburg, Waadt, Neuenburg und Genf hat sich die ursprüngliche, die gerichtliche Organisation der Vormundschaftsbehörde (und auch der Aufsichtsbehörde) noch erhalten⁹. Der Grund dafür, dass so verschiedenartige Behörden die Funktionen der Vormundschaftsbehörde ausüben können, ist darin zu suchen, dass das ZGB in dieser Hinsicht den Kantonen freie Hand lässt. Dieser Kanton bestimmt die Armenbehörde, jener den Gemeinderat, ein Dritter endlich eine richterliche Instanz zur Uebernahme der Aufgaben, welche das Gesetz der Vormundschaftsbehörde zugedacht hat. Zur Verdeutlichung sollten die betreffenden Behörden ihre Beschlüsse und Verfügungen, die sie in ihrer Eigenschaft als Vormundschaftsbehörde fassen und erlassen, mit der Anmerkung versehen: «Die Armenbehörde X als Vormundschaftsbehörde usw.»¹⁰. Eine strikte Kompetenzausscheidung, die auch nach aussen für jedermann erkennbar ist, sollte Bedingung sein für diese Aemterkumulation.

Wahlbehörde ist im ganzen Geltungsbereich des ZGB die Vormundschaftsbehörde, und Vormundschaftsbehörde ist je nach der betreffenden kantonalen Regelung eine bereits in andern Funktionen tätige Behörde oder aber eine eigens dazu bestimmte. Sie nimmt die Wahl vor, sobald sie alle materiellen Fragen abgeklärt hat.

Treten in dieser Zwischenzeit Ereignisse auf, welche ein sofortiges Handeln für das Mündel notwendig machen, so liegt es im Ermessen der Vormundschaftsbehörde zu entscheiden, welche Art Hilfe die zweckmässigste sei, Art. 386. Diese Hilfsmassnahmen können tatsächlicher oder rechtlicher, provisorischer oder endgültiger Natur sein, das Gesetz verlangt nur, dass sie *erforderlich* seien. So gehört zu den dringlichen Geschäften, die die Vormundschaftsbehörde vor der Bestellung des Vor-

⁶ Sten Bull 1905 S. 1254.

⁷ Basel-Stadt macht hier eine Ausnahme insofern, als der Vorsteher des Vormundschaftswesens die der Vormundschaftsbehörde vom ZGB und vom kantonalen Recht zugewiesenen Entscheidungen und Verfügungen trifft, § 75 Abs. 1 EG ZGB.

⁸ App. IRH und Neuenburg organisieren die Vormundschaftsbehörde bezirksweise; Freiburg, Waadt und Graubünden bestimmen sie kreisweise.

⁹ Freiburg Art. 101; Genf Art. 23—25; Neuenburg Art. 27—29; Waadt Art. 88 Einführungsgesetz.

¹⁰ Kaufmann, Art. 361 N. 1a.

mundes vorzunehmen hat, die Ergreifung eines Rechtsmittels gegen ein Gerichtsurteil, um die Innehaltung der Beschwerdefrist zu sichern¹¹. Als notwendige Massnahme vor der Bevormundung wird eine zwangsweise Internierung eines Geisteskranken erachtet, wobei er selbst und Dritte vor den Folgen seiner Handlungen geschützt werden müssen¹². Oder es ist der Verkauf eines Grundstückes zur Schuldentilgung dringend und muss von der Vormundschaftsbehörde durchgeführt werden¹³. Gemäss Art. 386 Abs. 1 hat die Vormundschaftsbehörde diese dringenden Massnahmen vorzunehmen¹⁴. Gewöhnlich ist es aber der Vormund, der nach aussen als Handelnder erscheint, der Verwaltung und Vertretung führt. Darum wird die Vormundschaftsbehörde in Fällen, die voraussichtlich Massnahmen in der Zwischenzeit erfordern, gestützt auf Art. 392 Z. 1 und 3 (eventuell auch auf Art. 418) einen Beistand bestellen, und diesem Auftrag zur Ausführung der dringendsten Geschäfte erteilen¹⁵.

Sie kann zu ihrer Unterstützung auch Hilfspersonen heranziehen, z. B. Fürsorgerinnen, Krankenpfleger, Grundstücksverwalter, welche dank ihrer besonderen Kenntnisse wichtige oder schwierige Aufgaben sachgemäss ausführen können¹⁶.

II. DIE MITTEILUNG DER WAHL

Die Vormundschaftsbehörde ist sich über die Tauglichkeit einer Person zur Führung der Vormundschaft einig und hat sie als Vormund eines bestimmten Mündels gewählt. Nächste Aufgabe der Behörde ist es nun, dem Gewählten Kenntnis von seiner Wahl zu geben. Wie, in welcher Form hat dies zu geschehen?

1. Schon die *kantonalen Gesetze* verlangten, zum Teil ausdrücklich¹⁷, eine amtliche Mitteilung der Wahl an den gewählten Vormund. Der Zeitpunkt der Mitteilung war insoweit von Bedeutung, als verschiedene kantonale Gesetze vorsahen, dass der vorläufig gewählte Vormund von diesem Zeitpunkt an zur Führung der Vormundschaft, d. h. zur Tätigkeit ge-

¹¹ ZVW 5 Nr. 60.

¹² ZBl 38 S. 313.

¹³ ZBl 44, S. 222.

¹⁴ R. Zipkes, Die vorläufige Fürsorge vor der Bevormundung, Diss. Zch. 1935, S. 43/44.

¹⁵ R. Zipkes, S. 48.

¹⁶ Egger, Art. 386 N. 41.

¹⁷ Zch. PG § 780.

wisser Geschäfte verpflichtet sei¹⁸. Vom Datum der Mitteilung an begann auch die Frist für die Geltendmachung von allfälligen Ablehnungsgründen zu laufen. Diese Frist war in den einzelnen Kantonen ziemlich verschieden; sie bewegte sich zwischen 5 und 14 Tagen; einige Gesetze erwähnten überhaupt nichts, andere wiederum verlangten lediglich, die Anfechtung habe innerhalb kurzer Frist nach der Bekanntgabe der Wahl zu erfolgen.

2. *Das ZGB* verlangt in Art. 387 Abs. 1 «Dem Gewählten wird unverzüglich seine Ernennung schriftlich mitgeteilt». Mit dieser Mitteilung wird dem Vormund das Amt tatsächlich übergeben, d. h. von diesem Zeitpunkt an ist er bei seiner Verantwortlichkeit verpflichtet, Art. 389, alle Rechte und Pflichten aus der Vormundschaftsführung zu übernehmen. Auch als gesetzwidrig Gewählter hat er bis zu seiner Enthebung¹⁹ alle notwendigen Geschäfte zu führen, Art. 444. Die formelle Amtsübergabe, die ja vom kantonalen Recht geregelt wird, erfolgt erst nach Ablauf der Frist²⁰. Die Mitteilung sollte sicherheitshalber eingeschrieben oder mit Empfangsbestätigung erfolgen, um allfälligen späteren Schwierigkeiten vorzubeugen^{21, 22}. Vom Zeitpunkt der Mitteilung an läuft die 10tägige Frist zur Geltendmachung der Ablehnungsgründe, Art. 388 Abs. 1. Mit der Mitteilung beginnt die Amtsführung des Vormundes; die betreffende Person hat von jetzt an als Vormund in Erscheinung zu treten und die Verantwortung dafür zu tragen. Erfolgt die Mitteilung der Wahl aus irgendwelchen Gründen nur mündlich, so ist der Vormund gleichwohl zu vorläufigem Handeln verpflichtet und kann sich auch später nicht auf mangelhafte Mitteilung und damit ungültige Wahl berufen²³.

Die 10tägige Frist, während welcher der Gewählte allfälligen Ablehnungsgründe gemäss Art. 388 geltend machen kann, läuft vom Zeitpunkt des Zuganges der schriftlichen²⁴ (oder mündlichen) Mitteilung der Wahl. Auch andere Gründe, die der Gewählte erst jetzt in Erfahrung bringen konnte, und die sein Verhältnis zum Mündel oder zur Vormundschafts-

¹⁸ Zch. PG § 748; Bern CG Satz 250; Luzern VG § 27.

¹⁹ Vgl. hinten S. 54.

²⁰ Vgl. hinten S. 45/46.

²¹ BGE 53 II 201/203.

²² EG Basel-Stadt § 90 erwähnt «Zustellung einer gedruckten Instruktion».

²³ SJZ 24 S. 378 (315): «... die Mitteilung ist nicht Konstitutiverfordernis, sondern lediglich eine Ordnungsvorschrift, die dazu dienen soll, die Ablehnungsfrist des Art. 388 Abs. 1 in Gang zu bringen.»

²⁴ Für den Zugang der Mitteilung gelten die gleichen Grundsätze wie bei Art. 5 OR.

behörde grundlegend ändern, hat er, wenn immer möglich, in dieser Zeit anzumelden. Denn in diesen 10 Tagen führt der Gewählte sein Amt sozusagen provisorisch und Aenderungen sind leichter durchzuführen als nachher, nach der endgültigen Uebergabe.

Ordnungshalber sollte auch dem Mündel eine Mitteilung über die Wahl seines Vormundes zukommen²⁵. Eine besondere Bedeutung kommt dieser Benachrichtigung nicht zu, es sei denn die, dass sie beim Mündel den Eindruck erweckt, es werde nicht einfach über seine Person hinweg verhandelt und verfügt, sondern man nehme sich wenigstens die Mühe, ihm die Ergebnisse mitzuteilen²⁶.

III. DIE ERNENNUNG (Amtsübergabe)

1. *Die alten kantonalen Rechte* kannten verschiedene Formen der Amtseinsetzung. So wurde nach den meisten Rechten der Gewählte nach seiner Ernennung vor die Vormundschaftsbehörde geladen, welche ihn über seine Pflichten orientierte. Einige Kantone liessen ihn einen Eid ablegen dafür, dass er sein Amt gewissenhaft und nach bestem Können führen werde, andere Kantone liessen es bei einem Handgelübde bewenden²⁷. Verschiedene kantonale Rechte bestimmten, dass dem neugewählten Vormund eine Urkunde ausgestellt werde, mit der er sich als an Mündels statt Handelnder ausweisen konnte²⁸.

Waren diese verschiedenen Formalitäten erfüllt, so begann die eigentliche Amtsführung des Vormundes. Alle die Handlungen, zu deren Ausübung er vorher schon verpflichtet war und die eher als vorsorgliche Massnahmen erschienen, hat er jetzt kraft seines Amtes und seiner Verantwortung auszuüben. Dabei waren die Uebernahme des Mündelgutes und alle damit zusammenhängenden Massnahmen weitaus von grösster Bedeutung²⁹.

2. *Gemäss der Regelung des ZGB*, Art. 387—389, erfolgt durch die Wahl und deren unverzügliche Mitteilung an den Gewählten eine definitive Uebergabe des Amtes an den Vormund noch nicht. Es herrscht in den 10 darauf folgenden Tagen ein Schwebezustand, der erst durch eine

²⁵ SJZ 25 S. 232 (154).

²⁶ Solche kleine Aufmerksamkeiten können, namentlich bei entm. Bevormundeten mithelfen, ein gutes Einvernehmen zu begründen und Misstrauen zu zerstreuen.

²⁷ Huber, Bd. I, S. 644.

²⁸ Zch. PG § 780, Aarg. BG § 299.

²⁹ Huber, Bd. I, S. 646.

schriftliche Annahmeerklärung oder den unbenützten Ablauf der Frist beendet wird. Obwohl der Vormund vom Gesetz verpflichtet wird, in jedem Fall die notwendigen Schritte zu unternehmen, und obwohl er für jede Nachlässigkeit und daraus entstandenen Schaden haftet, wird sein Amtsantritt erst durch den formellen Akt der Amtsübergabe endgültig rechtskräftig, Art. 391. Die Vormundschaftsbehörde hat dem Gewählten sein Amt zu übergeben. Wie das zu geschehen hat, ist der kantonalen Regelung überlassen. Von Handgelübden und anderen feierlichen Zeremonien hat das ZGB abgesehen³⁰. Hingegen haben einige Einführungsgesetze ihre frühere Regelung übernommen. So kennen Freiburg Art. 122 und Wallis Art. 116 noch eine Vereidigung des Vormundes; in Freiburg übergibt ihm die Vormundschaftsbehörde überdies eine Ernennungsurkunde und eine gedruckte Instruktion. Basel-Stadt, § 90, sieht die Abgabe einer Instruktion vor; daneben bespricht die Vormundschaftsbehörde mit dem Vormund die Sachlage und dieser hat ein Handgelübde abzulegen, § 92. Appenzell-IR. Art. 51, Luzern § 52, Schwyz Aer. 70, Solothurn § 147, Thurgau § 64 erwähnen in ihren EG die Zustellung von Ernennungsurkunden. Aargau und Zürich haben eine Regelung ausserhalb des Einführungsgesetzes getroffen³¹.

Die Bestimmung von Basel-Stadt EG § 92, wonach die Vormundschaftsbehörde mit dem neugewählten Vormund die Sachlage bespricht, kann zur Nachahmung empfohlen werden. Denn ausser der generell gehaltenen, gedruckten Instruktion soll der neue Vormund auch in den konkreten Fall eingeführt werden. Die Behörde kann ihm Aufschluss über Besonderheiten der Verhältnisse des Mündels erteilen, Einblick in die Entmündigungsakten gewähren und ihn über die verschiedenen bestehenden Hilfstellen und Fürsorgeämter orientieren, an die er sich gegebenenfalls wenden kann³². Eine solche mündliche Vorbereitung eines Vormundes ist durchaus nicht überflüssig. Sie wird im Gegenteil dem vielleicht noch etwas unsicheren, in seinem neuen Amte unerfahrenen Vormund eine wertvolle Unterstützung und Erleichterung des Amtsantrittes sein.

3. *Rechtlich* ist die Bestellung des Vormundes ein hoheitlicher Verwaltungsakt. Zur Uebernahme des Amtes eines Vormundes sind nach ZGB Art. 382 verpflichtet:

³⁰ Exp. komm. Bd. 2, S. 31, zu Art. 421.

³¹ Aargau: Handbuch für die vormundschaftlichen Organe, erlassen vom Regierungsrat am 22. Dezember 1911, § 16.

³² Zürich: Kreisschreiben der kantonalen Justizdirektion an die Bezirks- und Gemeinderäte des Kantons Zürich, vom 15. Dezember 1911, Best. 21.

- a) die männlichen Verwandten und
- b) der Ehemann der zu bevormundenden Person, sowie
- c) alle im Vormundschaftskreis wohnenden Männer, die in den bürgerlichen Ehren stehen.

In diesem Rahmen stellt die Uebernahmepflicht eine öffentlich-rechtliche Pflicht dar, die mit den entsprechenden staatlichen Zwangsmittel³³ durchgesetzt werden kann. Eine Einwilligung des Verpflichteten ist grundsätzlich unwesentlich.

³³ Im allgemeinen hat eine Weigerung Mahnung und Ordnungsstrafen zur Folge; vgl. EG Freiburg Art. 121, Wallis Art. 114, Schwyz § 72, Appenzell I.-Rh. Art. 53, Uri § 45. Als strengste Massnahme können die Behörden allenfalls auf Grund von Art. 292 StGB gegen den sich weigernden Vormund vorgehen; hiefür ist allerdings gemäss dieser Vorschrift notwendig, dass dem Vormund in der Mitteilung seiner Wahl diese Sanktion für den Weigerungsfall angedroht wurde. Eventuell kann auch gemäss Art. 41 OR gegen ihn vorgegangen werden. Vgl. hierzu; Egger, Art. 382 N. 4.

§ 5. Die Gründe, die zur Aufhebung eines vormundschaftlichen Amtes führen

Häufigster und zugleich auch ordentlicher Anlass, durch den ein vormundschaftliches Amt beendet wird, ist das Dahinfallen des Bevormundungsgrundes: der Unmündige wird mündig, der Trunksüchtige konnte gebessert werden und hält sich seit längerer Zeit gut, der Strafgefangene hat seine Strafzeit verbüsst. Selbstverständlich muss auch die Bedürftigkeit nach Bevormundung, das Unvermögen zur Führung der eigenen Angelegenheiten, die Gefährdung Dritter, dahingefallen sein; denn dies sind ja Voraussetzungen jeder Entmündung¹. Neben diesen Aufhebungsgründen, die durch das Mündel bedingt sind, Art. 431—433 und 436 bis 438, bestehen noch weitere, welche durch die persönlichen Verhältnisse des Vormundes gesetzt werden, Art. 441—445. Diese letzteren führen, je nach ihrer Bedeutung, zur Amtsenthebung, Art. 445 oder zur Amtsentlassung, Art. 442.

I. DAS ENDE DER BEVORMUNDUNG

1. Von Unmündigen

Mit dem Eintritt der Mündigkeit, sei es durch Erreichen des notwendigen Alters, durch Heirat oder Mündigerklärung, fällt die Vormundschaft dahin, Art. 431. Es bedarf dazu weder eines Gutachtens, noch einer amtlichen Feststellung, noch eines andern besondern Verfahrens. Der Vormund hat von sich aus den Abschluss der Vormundschaft vorzunehmen und die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Mit der Rückgabe aller dem Mündel gehörenden Effekten, mit der Erstattung des Schlussberichtes und der Abgabe der Schlussrechnung nimmt das Amt des Vormundes sein Ende. Während eines Jahres kann er jedoch für seine Amtsführung noch zur Verantwortung gezogen werden, Art. 454 Abs. 1.

¹ Vgl. vorne S. 10.

2. Von Entmündigten

Keine Entmündigung ohne Entmündigungsgrund — und umgekehrt: keine Aufhebung der Entmündigung ohne Wegfall des Grundes. Erforderlich ist also die Feststellung, dass ein Entmündigungsgrund nicht mehr besteht. Dieser Grundsatz, ausgesprochen in Art. 433 Abs. 2 und vertreten in der Judikatur², ist die Grundlage für die Aufhebung der Bevormundung. Schon die kantonalen Gesetze handelten nach diesem Prinzip: je nach dem Entmündigungsgrund verlangten sie zur Aufhebung der Vormundschaft ärztliches Gutachten, Wohlverhalten während einer bestimmten Zeit, Untersuchung des Antrages durch das Amtsgericht³. Gegen ungerechte Verweigerung der Aufhebung, z. B. aus armenrechtlichen Gründen, gewährte das Bundesgericht den staatsrechtlichen Rekurs⁴. Diese Praxis wurde ins ZGB. Art. 434 Abs. 2 übernommen und garantiert heute eine einheitliche Handhabung der z. T. immer noch kantonal geregelten Verfahrensvorschriften.

Wie wiederholt festgestellt⁵, genügt das Vorliegen eines gesetzlichen Entmündigungsgrundes allein zur Entmündigung mit anschliessender Bevormundung nicht; verschiedene weitere Erfordernisse müssen zusätzlich erfüllt sein. Ebenso reicht der blosser Wegfall des Entmündigungsgrundes zur Aufhebung der Bevormundung nicht aus. Dieser ist lediglich die materielle Bedingung zur Aufhebung. «Da die Entmündigung nicht deklaratorisch, sondern rechtsgestaltend wirkt, die Handlungsfähigkeit von Rechts wegen beseitigt oder beschränkt wird, so können auch ihre Wirkungen nicht ohne weiteres mit Aenderung der sie materiell rechtfertigenden Verhältnisse wegfallen; es bedarf hiezu vielmehr noch einer formellen Aufhebung»⁶. Art. 433 Abs. 1 weist die formelle Aufhebung der zuständigen Behörde zu; damit wird auch dieser Akt zu einem rechtsgestaltenden, der im Interesse sowohl des Mündels als auch der Öffentlichkeit liegt. Durch den Aufhebungsbeschluss wird das bis anhin rechtskräftig geltende Entmündigungsurteil aufgehoben, die abgesprochene Handlungsfähigkeit wieder zuerkannt und der bisher Bevormundete als rechts- und

² ZbJV 86, 280.

³ Huber, Bd. 1, S. 755 ff.

⁴ BCE 29 I 169.

⁵ Vgl. z. B. S. 5.

⁶ Ida Hirt, Das Entmündigungsverfahren gegen Geisteskranke und -schwache, Diss. Zeh, 1913, S. 220 und dort zit. Oertmann: Komm. zum BGB, allgemeiner Teil, Berlin 1908 § 6 S. 25.

handlungsfähig aus der Vormundschaft entlassen. In diesem Moment geht auch für den Vormund die Amtstätigkeit zu Ende.

Erscheint eine Vormundschaft als nicht mehr gerechtfertigt oder ist der zuständigen Behörde⁷ ein Begehren um Aufhebung der Vormundschaft zugegangen, sei es vom Vormund, vom Mündel oder von dritter Seite⁸, so hat sie von Amtes wegen die notwendigen Schritte (Gutachten, Einziehen von Auskünften etc.) zu unternehmen. Sie hat festzustellen, ob alle Voraussetzungen, die eine Aufhebung rechtfertigen und gestatten, erfüllt sind⁹. Wurde eine Person aus mehreren Gründen entmündigt, so müssen sie alle hinfällig geworden sein, damit eine Aufhebung ausgesprochen werden kann¹⁰.

Ein Begehren um Aufhebung der Entmündigung muss auch dann gestellt werden, wenn es sich nach einem rechtskräftigen Entmündigungsentscheid herausstellt, dass dieser ungerechtfertigterweise ergangen war. Die Aufhebung eines solchen Entscheides kann nur auf dem Wege des Aufhebungsverfahrens erfolgen¹¹; die Nichtigerklärung einer derartigen Vormundschaft ist dem Gesetz unbekannt¹².

Die Vormundschaft über Unmündige und über Strafgefangene ist befristet: sie endet mit Ablauf der schon zu Beginn feststellbaren Frist. Ein Verfahren zur Feststellung, dass der Bevormundungsgrund dahingefallen sei, wäre daher zwecklos¹³. Alle andern Bevormundungen werden auf unbestimmte Zeit angeordnet, sind grundsätzlich unbefristet und enden erst mit der Aufhebung. «Die zuständige Behörde kann und muss, wenn die Vormundschaft nicht mehr gerechtfertigt ist, zur Aufhebung schreiten»¹⁴.

Der Tod des Mündels, ebenso seine Verschollenheitserklärung führen in jedem Falle das Ende der Vormundschaft herbei. Wird eine Erbschaftsverwaltung notwendig, so hat sie der bisherige Vormund zu besorgen, Art. 554 Abs. 3.

⁷ Sie wird vom kantonalen Recht bestimmt, Art. 361 Abs. 2. Z. B.: Aargau EG § 61, Bern Art. 40 usw.

⁸ Unter Drittpersonen (in Art. 433 «jedermann, der ein Interesse hat») sind in diesem Zusammenhang alle die Personen zu verstehen, welche in nächster Nähe mit dem Bevormundeten leben, welche ihn und seine Verhältnisse gut kennen und das Begehren aus uneigennütigen Motiven stellen.

⁹ Sem. jud. 55, S. 269.

¹⁰ SJZ 33, 88 (52).

¹¹ Egger, Art. 433, N. 5.

¹² ZVW Bd. 2, Nr. 42.

¹³ Vgl. oben S. 50.

¹⁴ Egger, Art. 433, N. 6.

Ein Aufhebungsentscheid muss in jedem Falle eindeutig sein; bedingte, befristete oder in Aussicht gestellte Aufhebungen sind unzulässig. Denn nicht nur der Bevormundete, auch der Vormund und die Behörden müssen wissen, von welchem Zeitpunkt an Pflichten, Rechte und Verantwortung ihr Ende finden und neue beginnen können. Die Frist für die Verantwortlichkeitsklage läuft hingegen vom Zeitpunkt der Zustellung der Schlussrechnung an noch ein Jahr, Art. 453.

II. DAS ENDE DES VORMUNDSCHAFTLICHEN AMTES

1. Tod und Handlungsunfähigkeit des Vormundes

Gemäss Art. 441 hört «das Amt des Vormundes mit dem Zeitpunkt auf, da er handlungsunfähig wird oder stirbt.». Durch den Tod des Vormundes wird das Amt beendet, nicht aber die Vormundschaft. Da nun das vormundschaftliche Amt grundsätzlich unvererblich ist, hat die Vormundschaftsbehörde so rasch als möglich einen Nachfolger zu bestellen. In der Zwischenzeit haben die Erben des Vormundes das Mündelvermögen und alle sonstigen, sich beim Vormund befindlichen Gegenstände des Mündels, an die Behörde herauszugeben. Werden in dieser Zwischenzeit dringende Handlungen notwendig, so sind sie gemäss Art. 386 von der Vormundschaftsbehörde vorzunehmen oder es ist dafür ein Beistand zu bestellen¹⁵. Auf diese Art werden m. E. die Interessen des Mündels am besten gewahrt, da die Behörde den Fall doch einigermassen kennen sollte, was von den Erben nicht ohne weiteres erwartet werden kann.

Handlungsunfähig ist ein Vormund dann, wenn er gemäss Art. 17 nicht urteilsfähig oder aber entmündigt worden ist. Notwendige Voraussetzung ist also das Vorliegen einer dieser beiden Gegebenheiten. Wichtig ist der Fall des Eintrittes der Urteilsunfähigkeit, welche mit Bevormundung nicht parallel zu gehen braucht. Da laut Art. 18 die Handlungen des Urteilsunfähigen keine rechtlichen Wirkungen zu erzeugen vermögen und der Vormund als Vertreter seines Mündels für dieses rechtlich wirksam handeln können muss, ist die sofortige Beendigung des Amtes von Gesetzes wegen gerechtfertigt. Vorübergehende Urteilsunfähigkeit muss nicht zur Beendigung des Amtes führen, sie kann es aber, indem die Vormundschaftsbehörde den Vormund auf Grund von Art. 445 Abs. 2 als zur

¹⁵ A. M. Egger, Art. 441 N. 3, nach dessen Ansicht die Erben dazu verpflichtet werden.

Führung des Amtes unfähig bezeichnet und ihn entlässt. Seine bis zur Entlassung ausgeführten Geschäfte wird man bestehen lassen, sofern sie in vernünftiger Weise gehandhabt wurden, andernfalls müssen sie von Anfang der Urteilsunfähigkeit an nichtig erklärt werden.

Tod, Handlungsunfähigkeit und damit dauernde Urteilsunfähigkeit sind Gründe, welche das Amt des Vormundes mit sofortiger Wirkung von Gesetzes wegen aufheben.

2. Der Ablauf der Amtsdauer des vormundschaftlichen Amtes.

Nach Art. 442 endet das vormundschaftliche Amt mit dem Ablauf der Amtsdauer des Vormundes und seiner Nicht-Wiederwahl für eine neue Amtsperiode. Ein besonderes Verfahren ist nicht notwendig, da ohne seine Neuwahl das Amt selbstverständlich zuende gegangen ist. Die eigentliche Entlassung erfolgt erst später; dann nämlich, wenn Schlussbericht und -rechnung von der Vormundschaftsbehörde geprüft und genehmigt sind. In der Zwischenzeit hat der nichtwiedergewählte Vormund nach Art. 444 das Amt weiterzuführen bis er von seinem Nachfolger abgelöst wird.

Gegen die Nicht-Wiederwahl hat der entlassene Vormund kein Beschwerderecht «Il n'a pas un droit propre à être ou à demeurer tuteur»¹⁶. Hingegen kann er sich zur Wehr setzen, wenn er dadurch ungerechtfertigterweise in seinen Interessen verletzt wird, Art. 420 Abs. 2. Andererseits hat die Vormundschaftsbehörde das Recht und in gewissen Fällen sogar die Pflicht, bei der Frage der Wiederwahl eines Vormundes zu prüfen, ob nicht evtl. taugliche Verwandte zu berücksichtigen sind, welche im Zeitpunkt der ersten Wahl nicht zu erreichen waren, oder deren Verhältnisse sich inzwischen dermassen verändert haben, dass sie heute für eine Wahl in Frage kämen¹⁷. Die Behörde hat jedoch in erster Linie auf das Mündelinteresse abzustellen, welches häufig eine Weiterführung der Vormundschaft durch den bisherigen Vormund verlangt. Die Vorschriften der Art. 380 und 381 sind also nicht nur bei der Errichtung der Vormundschaft zu berücksichtigen, sondern auch bei jeder Weiterführung nach Ablauf der Amtsdauer des bisherigen Vormundes¹⁸.

¹⁶ ZVW 3, Nr. 56.

¹⁷ Vgl. hinten S. 73, Fussnote 6.

¹⁸ MbVR 38, Nr. 163.

3. Die Amtsentlassung

a) Bei Eintritt eines Ausschliessungsgrundes, Art. 443 Abs. 1. Tritt während der Amtszeit ein Ausschliessungsgrund nach Art. 384 ein, so hat der Vormund der Vormundschaftsbehörde davon sofort Kenntnis zu geben. Das Amt hört indessen nicht, wie in den Fällen von Art. 441, mit Eintritt des Grundes auf, es bedarf hiezu eines Beschlusses der Vormundschaftsbehörde. Dabei darf sie jedoch keine Rücksicht auf die Amtsdauer nehmen; der jetzt untaugliche Vormund muss sogleich durch einen andern ersetzt werden. Unter Umständen darf nicht einmal mehr Art. 444 zur Anwendung kommen, dann nämlich nicht, wenn die Interessenkollision eine so erhebliche ist, dass dem Vormund eine dem Mündel vorteilhafte Geschäftsführung nicht mehr zugetraut werden kann. In diesem Fall hat die Vormundschaftsbehörde in die Lücke zu treten, bis ein Nachfolger bestellt ist.

Den Eintritt eines Ausschliessungsgrundes hat in erster Linie der Vormund der Behörde mitzuteilen, dann aber sind auch interessierte Dritte dazu berechtigt und verpflichtet, oder die Vormundschaftsbehörde kann die Entlassung von Amtes wegen aussprechen, sobald sie das Vorhandensein des Ausschliessungsgrundes festgestellt hat¹⁹. Wie vorne erörtert, wird der Tatbestand von Art. 384 Z. 1 bereits durch Art. 441 erfasst und geregelt, weshalb hier nur noch Z. 2—4 in Frage kommen²⁰.

b) Bei Eintritt eines Ablehnungsgrundes, (Art. 443 Abs. 2). Im Gegensatz zu den Ausschliessungsgründen hat ihr Auftreten nicht Untauglichkeit zur Folge. Sie erschweren dem Vormund wohl die Amtsführung, beeinträchtigen aber in der Regel die Interessen des Mündels wenig. Deshalb hat ein ablehnungsberechtigter Vormund das Amt in den meisten Fällen bis zum Ablauf der Amtsdauer weiterzuführen und wird erst dann auf Grund seiner Ablehnungsberechtigung entlassen. Eine sofortige Entlassung ist dann geboten, wenn der Vormund durch den eingetretenen Ablehnungsgrund in seiner Amtsführung so stark beeinträchtigt wird, dass eine sorgfältige Führung des Amtes überhaupt ausgeschlossen ist. Dies wäre z. B. der Fall bei einer schweren Erkrankung mit bleibenden Folgen oder bei Wohnsitzwechsel des Vormundes²¹.

Sowohl bei den Ausschliessungs- als auch bei den Ablehnungsgründen kommt die Entlassung erst zustande, wenn der Entlassungsgrund festge-

¹⁹ Kaufmann, Art. 443, N. 3.

²⁰ Vgl. vorne S. 51.

²¹ Egger, Art. 443 N. 2; Kaufmann, Art. 443 N. 6.

stellt und die Vormundschaftsbehörde eine entsprechende Verfügung erlassen hat. Das Amt des Vormundes findet hier seinen Abschluss durch die förmliche Entlassungsverfügung²², welche weder entehrenden noch Strafcharakter hat²³.

4. Die Amtsenthebung

Sie ist die äusserste Massnahme, zu der die Vormundschaftsbehörde greift, wenn ein Vormund seine Pflichten dermassen verletzt, dass sein weiteres Verbleiben im Amte unverantwortlich wäre.

Schon die kantonalen Gesetze kannten die Enthebung vom Amte als Massregel gegenüber dem pflichtvergessenen oder unfähigen Vormund²⁴. Einige Rechte erklärten die Personen als absetzbar, welche im Rufe notorisch schlechter Aufführung standen, oder deren Amtsausübung Unfähigkeit oder Untreue an den Tag legte²⁵.

Art. 445 zählt in Abs. 1 die verschiedenen Voraussetzungen auf.

a) Enthebungsgründe, die sich aus dem persönlichen Verkehr mit dem Mündel ergeben

1. Die grobe Nachlässigkeit.

Sie ist sowohl in der persönlichen Fürsorge als auch bei der Besorgung der Vermögensangelegenheiten des Mündels möglich. Man erinnere sich nur einmal der vielen traurigen Geschichten — von denen glücklicherweise nur ein kleiner Teil der Wahrheit entspricht — die von verstossenen und geprügelten Verdingkindern handeln, denen der Vormund eine Schreckensperson bedeutet, wo von persönlicher Fürsorge überhaupt nicht die Rede sein kann, und man sich fragen muss, wo die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen bleibe²⁶. Heute kommen solche unglaubliche Misstände nur noch selten vor, in den Städten sind sie der guten Organisationen wegen fast ausgeschlossen.

Grobe Nachlässigkeit in der persönlichen Fürsorge kann sich auf verschiedene Arten äussern: der Vormund kümmert sich in keiner Weise um das Mündel, welches entweder zuhause in ungünstigen Verhältnissen weiterlebt oder an einem fremden Ort versorgt, schlecht und recht davon-

²² Nicht gleichzusetzen derjenigen des Art. 453 Abs. 1, welche eher einer Décharge gleichkommt.

²³ Kaufmann, Art. 443 N. 7.

²⁴ Huber, Bd. 1, S. 729.

²⁵ Waadt CC Art. 242—245; Freiburg Art. 264—266; NE CC Art. 309—312.

²⁶ Vgl. Beispiel im 36. Jahresbericht der Amtsvormundschaft des Bezirks Aarau pro 1951, S. 1.

kommt. Es sind in erster Linie die Unmündigen, welche unter einem nachlässigen Vormund zu leiden haben, da sie selbst sich nicht wehren können, und diese Wehrlosigkeit von den betreffenden Personen ausgenützt wird. Ständen diese im Bewusstsein, dass der Vormund sich um das Wohlergehen des Kindes kümmerte, sie würden von vielem abstehen und dem Kind käme eine würdigere Erziehung zu. Deshalb ist die Schuld des nachlässigen Vormundes eine doppelte, weil nicht nur er seine Pflicht nicht erfüllt, sondern er durch sein schlechtes Beispiel Dritte verleiten kann, ebenso gewissenlos zu handeln — oder eben — nicht zu handeln.

In Fällen schwerer Nachlässigkeit hat die Vormundschaftsbehörde gemäss Art. 446 auf Antrag des Bevormundeten oder Dritter oder aber von Amtes wegen zur Enthebung zu schreiten. Sie hat im Enthebungsverfahren beide Parteien anzuhören. Den darnach gefällten Entscheid muss die Behörde begründen. Ein allfälliger Weiterzug desselben an die Aufsichtsbehörde hat gemäss Art. 420 Abs. 2 zu erfolgen.

Durchaus im Bereich des möglichen liegt auch eine Nachlässigkeit in der Vermögensverwaltung. Dass Beispiele hier kaum zu finden sind ist eher darauf zurückzuführen, dass bei den meisten Mündeln kein Vermögen vorhanden ist und dort, wo ein wohlhabendes Mündel sich befindet, zugleich eine Anzahl Personen mit wachsamen Augen die Verwaltung verfolgen. Die persönliche Fürsorge hingegen wird, je trüber die Verhältnisse sind, desto notwendiger.

2. Der Missbrauch der amtlichen Befugnisse.

Das Gesetz räumt dem Vormund weitgehende Befugnisse ein: Befugnisse, welche dem Unmündigen einen Ersatz der fehlenden elterlichen Gewalt bieten sollen, Art. 405. Dazu gehören u. a. das Recht des Vormundes auf Anordnung von Massnahmen bei der Ausbildung seines Mündels, Anwendung von Züchtigungsmitteln, Anspruch auf kleine Arbeitsleistungen, die dem Alter und den Verhältnissen angemessen sein sollen. Dass sich hiebei hin und wieder Missbräuche dieser vormundschaftlichen Gewalt ereignen, ist unvermeidlich: das Mündel möchte unbedingt einen bestimmten Beruf erlernen, es hat die Fähigkeiten dazu, aber der Vormund findet die Ausbildung zu kostspielig, die Suche nach einer geeigneten Lehrstelle zu mühsam oder er verweigert mit oder ohne Grund die Einwilligung zum Erlernen des vom Mündel gewünschten Berufes. Der Missbrauch kann weiter bestehen im Ueberschreiten des Züchtigungsrechtes, in der Ueberanstrengung des Kindes durch Ausbeuten seiner Arbeitskraft, sei es durch den Vormund selber oder durch einen Dritten;

ferner in dessen Verwendung zur Unzucht im Sinne von Art. 192 StGB; in der gewissenlosen Versorgung des Mündels in eine Anstalt, wo es unzweckmässiger Behandlung ausgesetzt ist und vom Vormund keine Hilfe zu erwarten ist, weil dieser weder die Anstaltsmethoden kennt, noch Besuche für notwendig erachtet. Damit ein derartiger Gewaltmissbrauch zur Amtsenthebung führt, muss er ein schwerer sein²⁷, vom Mündel als solchen empfunden und von der Behörde, nach Anhörung des Vormundes und Prüfung der Verhältnisse, festgestellt werden. Leichtere fahrlässige Unregelmässigkeiten ziehen, gemäss Art. 447 Abs. 2 eine Androhung der Enthebung oder Bussen nach sich.

b) Enthebungsgründe vermögensrechtlicher Art

Dem Vormund stehen verschiedene Befugnisse für die Vermögensverwaltung zu. Obwohl er grössere Unternehmungen der Vormundschaftsbehörde vorlegen und deren Einwilligung einholen muss, finden auch hier Missbräuche statt.

Unter Aufsicht der Vormundschaftsbehörde hat der Vormund für bestmögliche Anlage des Vermögens, für sog. mündelsichere Wertpapiere zu sorgen; ihm obliegt es, fällige Zinsen einzutreiben, mit den Mietern zu verhandeln, Käufe und Verkäufe im Interesse des Mündels zu tätigen. Alle diese Befugnisse erlauben dem Vormund ein ziemlich freies Handeln gegenüber Dritten. Es besteht deshalb die Möglichkeit, dass ein eigennütziger Vormund gelegentlich seine eigenen Interessen in den Vordergrund stellt und mit den Mitteln seines Mündels zu erreichen sucht, was ihm, seinen Verwandten und Bekannten von Vorteil sein könnte. Er lässt z. B. jemanden ohne Entgelt in einer Wohnung des Mündels wohnen, er eignet sich Zinsen an, er verkauft ein Grundstück weit unter dem Verkehrswert und deckt alle diese Handlungen mit falschen Berichten an die Vormundschaftsbehörde²⁸. In der Praxis scheinen diese Tatbestände sich hin und wieder zu erfüllen, obschon die meisten Vormundschaftsbehörden bei der Auswahl des Vormundes äusserst sorgfältig vorgehen. Eine grosse Zahl von Beschwerden gegen Vormünder muss jedoch abgewiesen werden,

²⁷ Analog zu Art. 285, wonach der Entzug der elterlichen Gewalt bei *schwerem* Missbrauch angeordnet werden kann.

²⁸ ZVW I Nr. 48: Amtsenthebungsgründe lägen vor, wenn der Vormund bei einer Erbschaftsteilung, an der sein Mündel teilnimmt, dem Inventarbeamten ein bestehendes Schrankfach verheimlicht, oder in Umgehung kriegswirtschaftlicher Vorschriften einen weit übersetzten Pachtzins für das zur Erbschaft gehörende Heimwesen forderte.

da sie von krankhaft querulierenden Bevormundeten eingereicht werden, welche sich überall benachteiligt fühlen und nicht zufriedenzustellen sind.

*c) Enthebungsgründe, welche mit der Person des
Vormundes zusammenhängen*

1. Unwürdigkeit zur Führung des Amtes.

Eine vom Vormund begangene Handlung erscheint in jeder Beziehung als unwürdig; dabei braucht sie nicht mit dem Verhältnis zwischen Vormund und Mündel zusammenzuhängen, sondern kann auch ausserhalb desselben erfolgen.

Als derartige unwürdige Handlungen sind einmal jene zu betrachten, die den Tatbestand von Art. 384 Z. 2 erfüllen, d. h. «einen unehrenhaften Lebenswandel» im Sinne dieser Bestimmung begründen²⁹. Sie zwingen dann allerdings den Vormund schon gemäss Art. 443 Abs. 1 zur Niederlegung seines Amtes. Aber auch eine einmalige verwerfliche Handlung des Vormundes, die das ihm von Behörde und Mündel entgegengebrachte Vertrauen missbraucht und zerstört, «ist unwürdig» im Sinne des Gesetzes. Kaufmann³⁰ zählt ferner zu den unehrenhaften Handlungen schwere Trunksucht, Teilnahme an einer Rauferei, an anstössigen Lustbarkeiten. Nach Curti³¹ kann eine früher begangene, aber erst nach der Wahl bekannt gewordene Anstoss erregende Handlung die Unwürdigkeit begründen und zur Enthebung führen.

2. Zahlungsunfähigkeit.

Es ist nicht anzunehmen, dass die heute noch häufig herrschende Ansicht, mit Eintritt der Zahlungsunfähigkeit verwerke die betreffende Person auch ihre Ehre und den guten Ruf, zur Aufnahme dieser Bestimmung führte. Vielmehr liess sich der Gesetzgeber von Gedanken fürsorglicher Art für das Mündelvermögen leiten, das in den Händen eines bedrängten Vormundes von Gefahren verschiedener Art bedroht sein kann. Allerdings wird kein Unterschied gemacht, ob das Mündel vermögend oder vermögenslos ist, ob die Zahlungsunfähigkeit durch den Vormund verschuldet wird oder nicht. Abgestellt wird einzig auf den Begriff der Zahlungsunfähigkeit (Art. 190 Z. 2 SchKG). Gemäss einem Entscheid der Justizdirektion Zürich³² ist «...zahlungsunfähig nicht nur derjenige,

²⁹ Vgl. vorne S. 37.

³⁰ Kaufmann, Art. 445 N. 12.

³¹ Curti, Art. 445 N. 6.

³² VZBl 34 S. 366 = SJZ XXX 135.

welcher fruchtlos ausgepfändet oder in Konkurs geraten ist. Bei der Auslegung dieses Ausdruckes im Sinne des Art. 445 ist im Interesse des Mündelvermögens darauf zu achten, dass die Amtsenthebung so rasch als möglich erfolgen kann. Nach Schneider³³ genügen daher der Verdacht und die Besorgnis, dass das Vermögen des Mündels Schaden leide. In diesem weiteren Sinne ist auch die Zahlungsunfähigkeit des Art. 445 auszulegen». Diese Interpretation führt dazu, dass der unbeschränkt haftende Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft als zahlungsunfähig gilt, wenn die Kommanditgesellschaft einen Nachlassvertrag abschliessen musste^{34, 35}.

Durch den Eintritt der Zahlungsunfähigkeit erfährt nicht nur die vermögensrechtliche Stellung einer Person verschiedene Aenderungen, auch das Privatleben kann davon ergriffen werden. Ein Vormund, der vorher Zeit und Interesse für die Amtsführung besass, kann in seiner neuen Lage dermassen durch eigene Sorgen in Anspruch genommen werden, dass seine Sorge für das Wohl des Mündels unweigerlich beeinträchtigt wird. Eine Entlassung des Vormundes aus seinem Amte wegen Zahlungsunfähigkeit erscheint deshalb durchaus gerechtfertigt; sie liegt nicht allein im Interesse des Mündels, sondern sie vermag vielfach auch dem Vormund eine ihm nur nützliche Entlastung zu bringen.

Es liegt durchaus im Sinne des Vormundschaftsrechts, dass keine Vorsicht zu gross ist, wenn es gilt, Person und Vermögen des Mündels zu schützen. Die Vormundschaftsbehörde muss immer wieder erfahren, dass trotz grösster Vorsorge ein Missgeschick eintreten kann, welches das Mündel nach Möglichkeit nicht entgelten soll.

3. Ungenügen des Vormundes

Letzten Endes stellt dieser Art. 445 Abs. 2 eigentlich eine Zusammenfassung aller Entlassungs- und Enthebungsgründe dar. Was heisst das: «Genügt er seinen vormundschaftlichen Pflichten nicht?» Er genügt ihnen nicht wegen Krankheit, Geschäftsuntüchtigkeit, aus Unkenntnis, wegen lange dauernder Abwesenheit, wegen Unterstellung des Vormundes unter Beiratschaft³⁶. Schon die Gefährdung der Mündelinteressen infolge Zeit-

³³ Schneider, Komm. Zch. PG § 812 N. 1 b, Zch. 1888.

³⁴ VZBl 34 S. 366.

³⁵ Zu weit führt m. A. die im Geschäftsbericht des zürcherischen Stadtrates 1932, S. 458, vertretene Ansicht, dass der im Laufe des Verfahrens wieder zahlungsunfähig gewordene Vormund dennoch vom Amte enthoben werden muss.

³⁶ Egger, Art. 445 N. 6.

mangels oder von Schwierigkeiten unter den Familienangehörigen des Vormundes, welche die Ausübung seiner vormundschaftlichen Pflichten erschweren würden, können die Enthebung rechtfertigen; ein Verschulden kann vorliegen, ist aber nicht Bedingung³⁷. Die Gefährdung der Mündelinteressen muss eine dauernde oder dann eine so schwerwiegende sein, dass eine blossе Androhung von Massnahmen gemäss Art. 447 Abs. 2 nicht in Frage kommen kann.

Die Amtsenthebung gemäss Art. 445 Abs. 2 ist eine Massnahme, welche unverzüglich zu erfolgen hat. In der Praxis wird einem solchen Vormund nicht einmal mehr die Führung der Vormundschaft gemäss Art. 389 überlassen. Ist der Enthebungs- oder Entlassungsgrund von der Behörde festgestellt, so hat der Vormund sein Amt sofort niederzulegen; allfällige dringende Handlungen hat bereits der Amtsnachfolger auszuführen oder gemäss Art. 386 die Vormundschaftsbehörde.

Seine Beendigung findet das vormundschaftliche Amt während der Amtsdauer auch dann, wenn das Mündel im Einverständnis mit der Vormundschaftsbehörde seinen Wohnsitz wechselt. In diesem Falle geht die Vormundschaft auf die Behörden des neuen Wohnortes über und damit steht diesen das Recht zu, den neuen Vormund zu bestimmen, Art. 377. Ausnahmsweise, und wenn es für das Mündelinteresse von Wichtigkeit ist, kann der alte Vormund noch beibehalten werden; z. B. wenn die Vormundschaft bald zu Ende geht, wenn dem Vormund die Führung eines Geschäftes obliegt, welche besondere Kenntnisse erfordert und sich am neuen Wohnort nicht gleich eine dazu befähigte Person finden lässt.

In allen Fällen der Beendigung der Vormundschaft oder des vormundschaftlichen Amtes hat der Vormund der Vormundschaftsbehörde einen Schlussbericht mit Schlussrechnung einzureichen, über dessen Genehmigung oder Nichtgenehmigung die Vormundschaftsbehörde auch dem Mündel einen Bericht zuzustellen hat. Die Verantwortlichkeitsklage beginnt mit diesem Zeitpunkt für das Mündel oder den jetzt nicht mehr unter Vormundschaft stehenden während eines Jahres zu laufen³⁸. Wenn auch das Amt des Vormundes tatsächlich ein Ende gefunden hat, so kann doch die Person des Vormundes noch während dieser Zeit in Anspruch genommen werden.

³⁷ ZVW 3 Nr. 31 «... l'Autorité de surveillance a déclaré que l'Autorité tutélaire peut relever de sa charge le tuteur qui ne remplit pas convenablement ses fonctions, et cela même en l'absence de toute faute, si les intérêts du pupille sont menacés».

³⁸ BGE 76 II 181.

2. Kapitel

Die Amtsvormundschaft

§ 1. Entwicklung und Grundlagen der Amtsvormundschaft

Inhalt des Amtes eines Amtsvormundes ist seine Verpflichtung, Vormund zu sein für eine Mehrzahl von Mündeln und diesen gegenüber alle die vom ZGB vom Vormund im allgemeinen, sowie von allfälligen entsprechenden kantonalen Erlassen von ihm als Amtsvormund im besondern, geforderten Aufgaben zu erfüllen.

I. DIE ENTWICKLUNG DER AMTSVORMUNDSCHAFT

Zur Zeit der Entstehung des ZGB war die Amtsvormundschaft in den meisten Gegenden der Schweiz noch unbekannt. Wohl war einiges darüber aus Berichten bekannt geworden, welche von Deutschland und dort namentlich aus Leipzig eintrafen, wo die Generalvormundschaft bereits 1886 eingeführt worden war¹. Aber auch in der Schweiz fasste das Institut Fuss; so in Zürich, das 1908 durch die ein Jahr zuvor revidierte Gemeindeordnung die Amtsvormundschaft einführte. Es war dies jedoch keine Generalvormundschaft nach deutschem Beispiel, der jedes unehe-lich geborene Kind ipso iure unterstellt war. Jene erste zürcherische Amtsvormundschaft trug dem kantonalen Vormundschaftsgesetz Rechnung, wonach der Amtsvormund für jeden Vormundschaftsfall von der Wahlbehörde besonders bestellt werden musste. Der Unterschied zwischen Einzelvormund und Amtsvormund bestand also lediglich darin, dass der letztere eine grössere Anzahl von Mündeln zu übernehmen hatte, und keine Ablehnungsgründe geltend machen durfte.

Die Veränderung der Verhältnisse sowohl auf dem Lande wie in den Städten brachte es mit sich, dass die im ZGB aufgestellten Anforderungen an den Vormund immer schwerer einzuhalten waren, indem die Zahl der Bevormundungsbedürftigen ständig wuchs. So wurde die Einführung der Amtsvormundschaft unumgänglich. Die gesammelten Erfahrungen

¹ W. Schiller, Amtsvormundschaft, Vortrag, S. 6.

waren jedoch noch ungenügend, und das Bedürfnis nach Sammelvormundschaften war in den ländlichen Gegenden und kleineren Städten der Schweiz noch zu gering, als dass sie eine Regelung der Amtsvormundschaft im ZGB notwendig gemacht hätten. Das ZGB enthält somit keine entsprechende Bestimmungen.

Einige grössere Schweizerstädte konnten dem stets wachsenden Bedürfnis nach Vormündern nur dadurch gerecht werden, dass sie in ihre Gemeindeordnung die Einführung der Amtsvormundschaft aufnahmen.

Heute finden sich denn auch in der Mehrzahl der kantonalen Einführungsgesetze Bestimmungen über die Ausgestaltung der Amtsvormundschaft, nämlich in den Einführungsgesetzen der Kantone: Aargau § 65, Appenzell AR. Art. 50, Basel-Land § 49 und das Gesetz betreffend die Amtsvormundschaft vom 30. August 1923, Basel-Stadt § 75, Bern Art. 41, Freiburg Art. 118 Abs. 2, Glarus § 76, Graubünden Art. 67, Luzern § 56, St. Gallen Art. 106, Schaffhausen Art. 51, Thurgau § 64, Uri § 47, Zürich § 82.

II. DIE GRUNDLAGEN DER AMTSVORMUNDSCHAFT

Die Einführung der Amtsvormundschaft in einen Kanton setzt nicht etwa ihre Gestattung im betreffenden Einführungsgesetz voraus². Das ZGB verbietet die Uebernahme mehrerer Vormundschaften durch eine einzige Person so wenig, wie es hierüber eine positive Regelung enthält³. Es ist auch nicht notwendig, dass sich die Grundlage der Amtsvormundschaft im kantonalen Einführungsgesetz oder in einer Gemeindeverordnung findet. Die Institution ist daher oft nicht einmal in diesen Erlassen

² In den drei Städten Solothurn, Olten und Grenchen wurde die Amtsvormundschaft auf Grund von Gemeindeverordnungen eingeführt.

Das neue solothurnische EG (Revisionsvorlage vom 3. Juli 1948/49, Februar 1952) wird hingegen zwei Bestimmungen über die Amtsvormundschaften enthalten, § 120 «Vormundschaften und Beistandschaften, namentlich solche über a. e. Kinder, können unter Vorbehalt von Art. 380 und 381 ZGB einem besondern Amtsvormund übertragen werden». § 121 «Der Stadtrat fördert durch Beiträge an die Besoldung der Amtsvormünder die Errichtung neuer Amtsvormundschaften.

Genf: Loi instituant un tuteur général von 1932, und Eingliederung der Amtsvormundschaft in das Jugendamt durch das Loi sur l'Office de l'enfance vom 2. Juli 1937 Art. 15 und dessen Ergänzung vom 5. Januar 1938 Art. 49—51.

³ Pflüger, Die Amtsvormundschaft in der Schweiz, S. 368.

erwähnt, sondern in verschiedenen Gemeinden lediglich mittels einfacher Beschlüsse eingeführt worden^{4, 5, 6}.

Die in der Literatur vereinzelt vertretene Ansicht, «das Vormundschafswesen sei durch diese Regelung eine Angelegenheit des Gemeinwesens, es sei öffentliches Recht geworden»⁷, geht wohl zu weit. Noch ist die Stellung des Amtsvormundes gegenüber seinem Mündel die gleiche wie diejenige eines Einzelmundes. Den Vorschriften des ZGB sind beide gleich unterstellt⁸. Anstellung und Besoldung des Amtsvormundes hingegen bestimmen sich nach dem kantonalen Beamtenrecht. Mit der Uebernahme seiner Aufgabe verpflichtet sich der Amtsvormund dem Gemeinwesen gegenüber, keine Ablehnungsgründe geltend zu machen; er übt berufsmässig eine Beamtung aus, für die er besoldet wird: vom Kanton (Basel-Land, Genf, Neuenburg, Waadt), von einer Gemeinde allein: (Zürich, Winterthur, Aarau, St. Gallen) oder von verschiedenen Gemeinden zusammen — sog. Vormundschafskreisen, die mit der Einteilung in Bezirke zusammenfallen können — (Bezirk Baden, Bremgarten, Horgen, Bülach).

Der Amtsvormund untersteht deshalb, so gut wie der Einzelmund, dem öffentlichen und dem privaten Recht. Sein Verhältnis zu seinem Arbeitgeber mag wohl ein öffentlich-rechtliches, er selber daher als Staatsbeamter zu bezeichnen sein; der Inhalt seines Amtes jedoch⁹ ruht grundsätzlich auf privatrechtlichen Grundlagen. Diese Zweiteilung der Stellung eines Amtsvormundes, der einerseits als Beamter für staatliche Dienstleistungen bestellt ist, andererseits seine Pflichten nach den Bestimmungen des ZGB zu erfüllen hat, kommt in § 3 des Gesetzes über die Amtsvormundschaft von Basel-Land zum Ausdruck: «Als *Beamter* des Staates untersteht er der Aufsicht des Regierungsrates, in der Ausführung seiner Pflichten als *Vormund* untersteht er der Vormundschafsbehörde». Seine Pflichten als Vormund aber gehen im Falle einer Kollision den Pflichten

⁴ Z. B. im Rahmen der Budgetberatungen.

⁵ D. Balthasar, S. 121, Vera Knapp, Die Rechtsstellung des Vormundes, S. 190.

⁶ Eine besondere Regelung zur Einführung der Amtsvormundschaft traf der Kanton Basel-Land. Durch den Erlass des Gesetzes betreffend die Amtsvormundschaft vom 30. August 1928, ist diese vom Kanton selbst geordnet, und damit Einf. Gesetz § 49 Abs. 3—8 aufgehoben worden. Auch in den Kantonen Neuenburg, Genf und Waadt ist die Amtsvormundschaft kantonal geregelt worden.

⁷ Pflüger, S. 370; Rittmayr, S. 90; Balthasar, S. 132.

⁸ Vgl. Pflüger, S. 127.

⁹ Vgl. vorne S. 60.

als Staatsbeamter vor, da er in erster Linie zur Vormundschaftsführung bestellt ist ¹⁰.

Der Zweck der Einführung der Amtsvormundschaft war ursprünglich auf den Schutz der äusserst schlechtgestellten unehelichen Kinder gerichtet ¹¹. Um die Institution möglichst wirkungsvoll zu gestalten, wurde die Unterstellung dieser Kinder unter Vormundschaft von Gesetzen wegen bestimmt ¹². Diese deutsche Regelung, wie sie namentlich in grossen Städten zuerst durchgeführt wurde, bewährte sich und fand in verschiedenen Ländern Nachahmung. In der Schweiz waren es hauptsächlich die Kantone mit grösseren Städten oder einer sonst grossen Bevölkerungsdichte, welche sich zur Einführung der Amtsvormundschaft entschlossen.

Damit die Bestimmungen des ZGB gewahrt bleiben, darf die Amtsvormundschaft nun niemals zu einer gesetzlichen Vormundschaft im erwähnten Sinne werden, der z. B. alle Unehelichen oder generell alle zu bevormundenden Personen unterstellt werden. In erster Linie gelten immer die Vorschriften der Art. 380—381 ZGB, wonach bestimmte Personen, ihre Eignung vorausgesetzt, vor allen andern, auch vor dem Amtsvormund, zu berücksichtigen sind. Um den fürsorgerischen Postulaten des ZGB gerecht werden zu können, war es jedoch unumgänglich, eine Institution, ähnlich der ausländischen Generalvormundschaften zu schaffen. Ein Sammelvormund, der über die nötige Ausbildung verfügt, der haupt- oder nebenamtlich eine grössere Anzahl von Vormundschaften führt, dafür honoriert wird und auf die Geltendmachung von Ablehnungsgründen verzichtet, das schien die hier gegebene Lösung zu sein. Auf diese Art konnte einmal allen unehelich Geborenen gemäss Art. 311 ohne Zeitverlust ein Beistand bestellt werden. Zudem wurde es nun der Vormundschaftsbehörde ermöglicht, davon abzusehen, irgendwelche Personen zwangsweise zu Vormündern zu bestellen (gemäss Art. 382); Personen, die wohl die Fähigkeit als Vormund hätten, die sich aber weder Zeit noch Mühe nehmen, das Amt richtig zu führen. Die Erfolge, welche das Institut der Amtsvormundschaft bald zu verzeichnen hatte, führten zu seinem Ausbau, zur Ausdehnung der ihm zugedachten Aufgaben, die es zu seinem heutigen Stand, seinem aus der modernen Fürsorge nicht mehr wegzudenkenden Einfluss brachte.

¹⁰ VZBl 35, S. 621.

¹¹ Vgl. über die Stellung des a. e. Kindes: Mitteis, Privatrecht, S. 58 ff.

¹² Klumker und Spann, Die Bedeutung der Berufsvormundschaft für den Schutz der unehelichen Kinder. Dresden 1905.

Verschiedene Kantone erwähnen in ihren Einführungsgesetzen nicht nur einfach die Amtsvormundschaft im allgemeinen, sondern auch bestimmte Anwendungsfälle. So wird von den meisten kantonalen Gesetzen auf die Beistandschaft gemäss Art. 311 hingewiesen; Basel-Land stellt in seinem Gesetz über die Amtsvormundschaft die Kostkinder unter amtsvormundschaftliche Ueberwachung. In Bern (EG Art. 41) hat die Amtsvormundschaft die in den Gemeinden untergebrachten Pflegekinder zu beaufsichtigen. St. Gallen (Art. 106) unterstellt die besonders schutzbedürftigen, die unehelichen, die vermögenslosen und verwaisten Kinder ihrem Schutze und Uri (§ 47) erwähnt lediglich, dass der Amtsvormund auch als Beistand ernannt werden könne, insbesondere in den Fällen von Art. 311.

Die Voraussetzung zur Bestellung einer Amtsvormundschaft ist immer das Fehlen eines geeigneten Einzelvormundes. Die Vormundschaftsbehörde ist demnach verpflichtet, in jedem Einzelfall vorerst einmal nach einem Einzelvormund Ausschau zu halten; erst dann, wenn sich keiner finden lässt, oder die vorgeschlagene Person sich als untauglich erweist, darf sie einen Amtsvormund bestellen¹³. Damit kommt die *subsidiäre Stellung der Amtsvormundschaft im ZGB* hinreichend zum Ausdruck. Eine Ernennung des Vormundes muss die Vormundschaftsbehörde aber in jedem Falle vornehmen, denn eine Generalvormundschaft von Gesetzes wegen gibt es im schweizerischen Recht nicht. Einzel- oder Amtsvormundschaft entstehen nur durch Bestellung¹⁴.

III. VORZÜGE DER AMTSVORMUNDSCHAFT

In Literatur und Praxis stösst man immer wieder auf ein gewisses Misstrauen gegenüber der Amtsvormundschaft. Begründet wird dieses mit der Behauptung, der Amtsvormund könne sich, wegen seiner starken Beanspruchung, nicht mehr persönlich mit jedem einzelnen seiner Mündel befassen. Die Ueberlastung des Amtsvormundes ist zwar eine nicht wegzuleugnende Tatsache; aber es muss ihm im allgemeinen zugute gehalten werden, dass er dennoch jedes einzelne Mündel kennt, weiss was mit ihm geschieht, neue Massnahmen anordnet, aus Berichten der Fürsorgerin und z. T. von eigenen Besuchen her um die Entwicklung des Mündels weiss, erkennt, wo Hilfe notwendig ist und vor allem auch die Stellen kennt, an

¹³ Besonders erwähnt in Zürich EG Ar. 82.

¹⁴ Vera Knapp, S. 195.

die er sich in jedem Fall wenden muss oder kann. Er hat dank seiner Ausbildung und Erfahrung die Möglichkeit, für kranke, mittellose, anormale oder verwaiste Mündel die jeweiligen Hilfsstellen in Anspruch zu nehmen, was für den Einzelvormund in vielen Fällen zu mühsam oder unmöglich ist, weil er von ihrer Existenz nicht weiss. All die idealen Vorstellungen von väterlicher Obhut, Aufopferung und Verständnis für die Eigenart des Mündels sind doch wohl nur in seltenen Fällen verwirklicht. Selbstverständlich muss der persönlichen Fürsorge auch vom Amtsvormund grösste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Aber einem Mündel, sei es nun unmündig oder erwachsen, ist mit einem Vormund, der vielleicht weniger Sinn für das Gefühlsmässige, dafür aber umso mehr für die äussere Lage seines Schützlings aufbringt, meistens besser gedient. Abgesehen davon lernt der Amtsvormund durch lange und vielseitige Erfahrung, auf welche Behandlungarten ein Mündel am ehesten anspricht. Denn der Amtsvormund ist ja nicht nur in vielen Fällen eine juristisch gebildete Person, er soll in erster Linie ein Menschenkenner sein, der sich weder von Vorurteilen noch von Angaben dritter Seite beeinflussen lässt. «Es kommt immer darauf an, was für Leute ein Rechtsinstitut in die Praxis umsetzen: in den richtigen Händen ist die Amtsvormundschaft jedenfalls ein segensreiches Institut»¹⁵.

¹⁵ Vera Knapp, S. 202.

§ 2. Die Gründe, die zur amtlichen Bevormundung führen können

I. UNEHELICHE GEBURT

Wie schon festgestellt wurde, hat sich die Amtsvormundschaft aus dem Bedürfnis entwickelt, jedem unehelichen Kind, zur Wahrung seiner Interessen gegenüber dem Erzeuger, einen Vertreter zu bestellen. Die Tatsache, dass sich für die zahlreichen vaterlosen Kinder nie genügend freiwillige Vertreter finden liessen, trug wesentlich zur Einführung der Amtsvormundschaft bei. Durch die Einführung des ZGB wurde das Bedürfnis nach Vertretern für uneheliche Kinder noch gesteigert, indem Art. 311 die Beistandsbestellung als obligatorisch erklärte. Die Vormundschaftsbehörden wurden dadurch oft in eine unangenehme Lage versetzt, indem entweder trotz eifriger Suche niemand oder dann nur eine Person zu finden war, die den an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen war. So wurde denn der Amtsvormundschaft überall dort, wo sie Eingang gefunden hatte, in erster Linie alle Beistandschaften gemäss Art. 311 übertragen. Damit wurden die Interessen des Kindes in sachkundige Hände gelegt und ihre zweckmässige Verfolgung gewährleistet¹.

Ihren Aufgaben entsprechend endet die Beistandschaft nach Art. 311:

- a) mit Anerkennung des Kindes durch den Vater, Art. 303,
- b) mit Abschluss eines Unterhalts- oder Abfindungsvertrages, Art. 319,
- c) mit Durchführung des Vaterschaftsprozesses oder Ablauf der Klagefrist, Art. 308.

Dem Abschluss der Beistandschaft muss jedoch eine Neuordnung der Vertretungsverhältnisse des Unehelichen folgen, Art. 311 Abs. 2. Die Vormundschaftsbehörde hat zu prüfen, wie dies im Interesse des Kindes am besten vorzunehmen sei. Möglich, aber eher selten ist die Unterstellung des Kindes unter mütterliche oder väterliche Gewalt, Art. 324 Abs. 3, 325 Abs. 3. In der Mehrzahl aller Fälle bestellt die Behörde einen Vormund, meistens in der Person des bisherigen Beistandes. Hierin findet sich die Erklärung dafür, warum die Grosszahl der unehelich Geborenen unter amtlicher Vormundschaft stehen und dass man dementsprechend ver-

¹ Komm. Egger, Die Verwandtschaft, 2. Aufl. Zch. 1943, Art. 311 N. 2.

sucht ist, hier gewisse Parallelen zu den deutschen Generalvormundschaften² über uneheliche Kinder zu ziehen. Die uneheliche Geburt muss nicht unbedingt zur amtlichen Bevormundung führen, sie führt nur überall dort zu ihr, wo diese als die zweckmässigste Lösung erscheint, und sie kann es natürlich nur dort, wo überhaupt eine Amts- oder Sammelvormundschaft besteht.

II. DER MANGEL EINES GEEIGNETEN EINZELVORMUNDES

Der alleinige Grund, der mit Sicherheit zur amtl. Bevormundung führt, ist das Fehlen eines geeigneten Einzelvormundes. Und dieser Fall tritt, wie uns die Praxis überall bestätigt, immer häufiger in Erscheinung. So wird die Vormundschaftsbehörde überall dort wo grosse Eile geboten ist, wo eine schwierige, für den Laien zeitraubende Vormundschaftsführung zu erwarten ist und in den zahlreichen Fällen, da sich kein Einzelvormund finden lässt, auf den Amtsvormund greifen, dem Erfahrung und Amtsstellung helfen, auch undankbare Vormundschaften bewältigen zu können.

² Vgl. vorne S. 60.

§ 3. Die Wahl des Amtsvormundes

I. IM ALLGEMEINEN

Die gleichen Bestimmungen und Grundsätze, die für die Wahl des Einzelvormundes massgebend sind¹, sind analog auf die Bestellung des Amtsvormundes für jede einzelne Vormundschaft anzuwenden.

Der Amtsvormund muss, um rechtmässig Vormund sein zu können, für jede ihm neu übertragene Vormundschaft eigens ernannt werden. Grosse Umtriebe sind dabei allerdings weder gebräuchlich noch erforderlich, da ein Amtsvormund nicht jedesmal eines Pflichtenheftes, noch besonderer Ratschläge und Hinweise bedarf. Seine Ernennung erfolgt in der Regel durch Zustellung des Protokollauszuges². Diese Ernennung für den Einzelfall ist zu unterscheiden von der Ernennung oder Wahl zum Amtsvormund als solchem.

Eigentlich hat der Amtsvormund zwei vorgesetzte Stellen, nämlich:

- a) die Vormundschaftsbehörde, welcher er über alle Handlungen Rechenschaft abzulegen hat und welche ihn für den Einzelfall wählt, und
- b) die Stelle, welche ihn zum Amtsinhaber, zum Beamten, wählt, und der gegenüber er zu einer pflichtbewussten Amtsführung verpflichtet ist.

So verschieden die Regelung der Amtsvormundschaft in den 17 Kantonen, welche sie bis heute eingeführt haben, ist, so vielfältig ist auch die Regelung über die Bezeichnung der Wahlbehörde. In Zürich z. B. war es früher die Vormundschaftsbehörde; heute wird der Amtsvormund vom Stadtrat ernannt. In der Waadt ist der Regierungsrat zuständig, in der Stadt Aarau liegt diese Pflicht dem Stadtrat ob, wogegen der Bezirksamtsvormund durch einen Ausschuss, der aus Vertretern der beteiligten Gemeinden gewählt ist, ernannt, beaufsichtigt und auch honoriert wird.

Einheitlich hingegen ist die Zweckbestimmung der Amtsvormundschaft, die darin besteht, eine genügende Anzahl geeigneter Vormünder zur

¹ Vgl. 1. Kap. § 4, Wahl des Vormundes.

² Solche Auszüge werden auch dem Einzelvormund zugestellt; sie dienen hier jedoch mehr der Orientierung des neu Bestellten.

Verfügung zu stellen. Je nach Bedürfnis und finanzieller Lage können sich Gemeinwesen einen oder mehrere Amtsvormünder leisten, sie können eine Person im Nebenamt dazu bestellen, sie können sich zusammenschliessen und als Vormundschaftskreis oder bezirksweise einen Amtsvormund beschäftigen.

Dass der Amtsvormund mit Annahme seiner Beamtung auf die Geltendmachung von Ablehnungsgründen verzichtet, schliesst nicht aus, dass er allenfalls doch einen Ausschlussgrund geltend machen muss. Dies wird namentlich bei Interessenkollision der Fall sein, Art. 384 Z. 3³. Da sich derartige Kollisionen nur selten ergeben, ist eine gütliche Regelung wohl zu erreichen, sei es durch Uebertragung der Vormundschaft an einen Einzelvormund oder durch Ueberweisung an einen Mit-Amtsvormund.

II. EINZELNE REGELUNGEN

Wie die Amtsvormundschaft von Kanton zu Kanton verschieden geregelt ist, so ändert sich auch die rechtliche Stellung des Inhabers dieses Amtes.

1. In den grossen Städten erscheint der Amtsvormund als städtischer Beamter, der durch obrigkeitlichen Akt für seinen Pflichtenkreis bestellt wird⁴. Seine Amtsaufgabe besteht in der Führung der ihm von der Vormundschaftsbehörde übertragenen Vormundschaftsfälle, unter Verzicht auf Geltendmachung von Ablehnungsgründen⁵. Seine Stellung ist demnach die eines Beamten, mit einem rechtlich bestimmten Bereich von Verwaltungsgeschäften⁶.

2. Im Kanton Basel-Land wird der Amtsvormund den kantonalen Beamten eingereiht⁷. Seine Wahl erfolgt durch den Regierungsrat, der entweder für jeden Verwaltungsbezirk einen Amtsvormund im Nebenamt bezeichnet (dies ist die heute geltende Regelung), oder für den

³ Der Amtsvormund ist z. B. in einem Haus eingemietet, dessen Besitzer sein Mündel werden soll. Daraus könnte sich die Möglichkeit ergeben, dass beim Verwalten des Mündelgutes die Interessen des Vormunds in Konflikt kommen mit denjenigen seines Mündels. Um solchen Situationen auszuweichen, wird die Vormundschaftsbehörde auch bei einem Amtsvormund auf einen Ausschlussgrund Rücksicht nehmen.

⁴ Z. B. Zürich, Aarau, wo die Wahl durch den Stadtrat erfolgt oder Solothurn, wo der Amtsvormund als städtischer Beamter von den Stimmbürgern gewählt wird.

⁵ Vgl. vorne S. 69, Fussnote 3.

⁶ Vgl. Ruck, Schw. Verwaltungsrecht, 3. Aufl. Zch. 1951, S. 52.

⁷ § 4 des Gesetzes betreffend Amtsvormundschaft vom 30. August 1928.

ganzen Kanton eine einzige Amtsstelle schafft. Die Amtsvormünder von Basel-Land werden durch den Kanton besoldet, die Gemeinden haben je nach Bevölkerungszahl und Vormundschaftsfällen ihre Beiträge zu entrichten^{8, 9}.

3. Graubünden überträgt seine Amtsvormundschaften einem im Nebenamt angestellten Rechtsanwalt.

4. Anderswo wieder wird einem Gemeindebeamten (der nicht Mitglied einer vormundschaftlichen Behörde sein darf, Art. 384 Z. 4) oder einer geeigneten Privatperson im Nebenamt und gegen Entgelt eine grössere Anzahl von Vormundschaften übertragen¹⁰. In diesen Fällen steht der Amtsvormund jedoch ausserhalb des Bereiches der Beamten. Er ist vielmehr Beauftragter, i. S. von OR 394, einer Gemeinde, eines Bezirkes oder Vormundschaftskreises, der sich auf Grund eines privatrechtlichen Vertrages zur Uebernahme der Aufgaben verpflichtet hat. Ein solcher Amtsvormund ist denn auch befreit von den üblichen Rechten und Pflichten der Beamten; er ist z. B. nicht pensionsberechtigt. Bei Schadenersatzpflicht gegenüber dem Mündel haftet er wie ein Einzelvormund; der Staat übernimmt keine Haftung für ihn, wie dies bei Beamten vielerorts der Fall ist¹¹. Diese Regelung ist verständlich, übt doch der nebenamtlich tätige Amtsvormund primär seinen Beruf aus als Rechtsanwalt, Lehrer, Posthalter. Er ist in erster Linie für seine eigenen Interessen tätig; nebenbei, im Nebenamt erledigt er noch eine grössere Anzahl Vormundschaften, wobei er aber nicht den Schranken einer Beamtung unterliegt. Seine *Stellung* lässt sich am ehesten mit derjenigen des *Einzelvormundes* vergleichen, seine *Aufgaben* hingegen hat er gleich zu erfüllen wie jeder vollamtliche als Beamte tätige *Amtsvormund*.

⁸ § 9 des Gesetzes betreffend Entschädigung und das Rechnungswesen der Amtsvormundschaft, vom 28. März 1929.

⁹ Im Kanton Waadt wird der Amtsvormund ebenfalls vom Regierungsrat ernannt.

¹⁰ Z. B. im Kanton Bern, wo das Amt zur Zeit nebenamtlich von Lehrern ausgeübt wird in Heimiswil, Muri, Trub; von einem Posthalter in Neuenegg. Auch in den Kantonen Luzern (Kriens) und Zürich (Dürnten) sind nebenamtlich beschäftigte Amtsvormunde, die im Hauptberuf als Lehrer tätig sind, anzutreffen.

¹¹ Obwohl der Amtsvormund in Zürich oder Aarau unter die städtischen Beamten gezählt wird, ihrer Pensionskasse angehört und den gleichen Bestimmungen über Ferien und Eintritt in den Ruhestand etc. unterstellt ist, haftet doch grundsätzlich er persönlich im Falle seiner Schadenersatzpflicht gegenüber dem Mündel.

§ 4. Antritt und Beendigung der Amtsvormundschaft

I. VORMUNDSCHAFTSANTRITT

Bei Antritt einer jeden Vormundschaft schreibt das ZGB dem Einzelvormund die Einhaltung verschiedener Vorschriften vor, Art. 398—404. Da nun auch die Amtsvormundschaft den Bestimmungen des ZGB unterstellt ist¹, gelten die Art. 398—404 bei der Vormundschaftsübernahme durch einen Amtsvormund in gleicher Weise. Sein Vormundschaftsantritt äussert sich darin, dass er einen Protokollauszug der Verhandlungen der Vormundschaftsbehörde erhält, woraus seine Bestimmung zum Vormund für das betr. Mündel und die Begründung der Bevormundung hervorgeht. Dank der besondern Kenntnisse des Amtsvormundes kann die Vormundschaftsbehörde von allen übrigen Einförmlichkeiten absehen, und es kann die Amtsübernahme ohne Verzögerung stattfinden. Alle jetzt vom Amtsvormund zu treffenden Massnahmen und Verfügungen haben im Rahmen der Bestimmungen des ZGB zu erfolgen und unterliegen der Kontrolle der Vormundschaftsbehörde.

II. DIE BEENDIGUNG DER AMTSVORMUNDSCHAFT

a) Die Beendigung des Amtes

Das Amt des Amtsvormundes findet sein Ende einmal in allen Fällen, in denen auch das ehrenamtliche Vormundschaftsamt beendet wird², d. h. bei Eintritt von Handlungsunfähigkeit oder Tod des Amtsvormundes. Alle von ihm geführten Vormundschaften werden an seinen Nachfolger übertragen.

Tritt der Amtsvormund von seinem Amte als solchem zurück, sei es aus Gesundheitsrücksichten, Alters- oder andern Gründen (z. B. Unfähigkeit), so hat er grundsätzlich alle seine Vormundschaften an seinen Amtsnachfolger abzugeben. Ist ihm an der Weiterführung und dem Abschluss einiger Vormundschaften besonders gelegen, so kann er dieselben auf Gesuch hin noch in seinem Ruhestand weiterführen und als ehrenamtlicher

¹ Vgl. vorne S. 45 ff.

² Vgl. vorne S. 51.

Einzelvormund bis zum Abschluss beibehalten. Die Regel jedoch bildet die Uebergabe aller Vormundschaften auf einen bestimmten Termin, dem Amtsantritt des Nachfolgers.

Muss ein Amtsvormund wegen nachlässiger oder ungetreuer Amtsführung entlassen werden, und sind die Nachlässigkeit oder der Missbrauch der Befugnisse schwerwiegend³, so genügt ihre Begehung in einem Fall um eine Entlassung vom Amte, d. h. von allen dem betr. Amtsvormund übertragenen Vormundschaften zu rechtfertigen. Es ist Aufgabe der Vormundschaftsbehörde zu prüfen, ob der durch einen Einzelfall gesetzte Enthebungsgrund derart ist, dass eine Weiterführung der übrigen Vormundschaften durch diesen Vormund unverantwortlich wäre, oder ob sie es bei einer Mahnung oder Busse gemäss Art. 447 bewenden lassen kann. Wird der Amtsvormund zahlungsunfähig, so gilt dieser Enthebungsgrund für ihn so absolut wie für den ehrenamtlichen Vormund, Art. 445 Abs. 1. Kommt die Vormundschaftsbehörde zum Schluss, dass eine Entlassung unumgänglich ist, so wird sie ihn von allen ihm übertragenen Vormundschaften entheben und der Wahlbehörde die Entlassung beantragen. Es haben also bei der Entlassung des Amtsvormundes die gleichen Stellen mitzuwirken, die auch bei seiner Wahl tätig waren⁴.

b) Die Beendigung einzelner Vormundschaften

Die Beamtung des Amtsvormundes erfährt weder einen Unterbruch noch eine Beendigung durch die Beendigung von Bevormundungen einzelner Mündel, die ihm unterstellt sind. Erreicht ein Bevormundeter die Mündigkeit oder wird er mündig erklärt, so hört die Vormundschaft «im Zeitpunkt auf, da die Mündigkeit eintritt», Art. 431. In den übrigen Fällen der Art. 436—439 muss die Aufhebung der Vormundschaft gemäss Art. 443 von der zuständigen Behörde, d. h. von einer gemäss Art. 361 Abs. 2 vom kantonalen Recht zu bestimmenden Behörde⁵, beschlossen werden.

Das Ende der amtl. Bevormundung ist demnach Schritt für Schritt gleich dem Ende der ehrenamtlichen Bevormundung. Auch der Amtsvormund hat gemäss Art. 451 Schlussbericht und Schlussrechnung zu erstatten. Mit ihrer Genehmigung wird auch seine Entlassung von der Vormundschaftsbehörde ausgesprochen und er hat sich, das nun im Unter-

³ Vgl. vorne S. 54.

⁴ Bern EG Art. 40, Glarus EG § 96, Graubünden EG Art. 56 Z. 5.

⁵ Vgl. Aargau EG § 61, Zürich EG § 89, Uri § 50.

schied zum ehrenamtl. Vormund, für die Uebernahme einer neuen Vormundschaft bereitzuhalten.

Es liegt dies eben im Wesen seiner Stellung, dass er — ähnlich wie z. B. ein Schullehrer — immer wieder neue, unbekannte Menschen anvertraut erhält, sich mit diesen beschäftigen, sie kennen lernen und verstehen muss, um sie nach einer bestimmten Zeit abzugeben und mit neuen Schutzbedürftigen dasselbe wiederzubeginnen.

Eine weitere Beendigung einzelner Amtsvormundschaftsfälle kann dadurch erfolgen, dass amtliche Bevormundungen umgewandelt werden in ehrenamtl. Einzelvormundschaften. Dies ist dann der Fall, wenn eine anfänglich schwierige, besondere Kenntnisse erheischende Vormundschaft sich mit der Zeit vereinfacht; wenn sich die Verhältnisse des Mündels oder dieses selbst dermassen gebessert haben, dass auch der ungeübte Einzelvormund sich zurechtfinden wird⁶. Da viele Amtsvormundschaften überlastet sind, übertragen sie gerne jeden Fall, bei dem die Voraussetzungen zur amtlichen Bevormundung weggefallen sind, an fähige Einzelvormünder. Jedoch muss diese Uebertragung in erster Linie im Interesse des Bevormundeten geschehen; Massnahmen zum Vorteil der Amtsvormundschaft, die dem Wohl des Mündels abträglich sind, dürfen nicht ergriffen werden.

c) Die Entschädigung des Amtsvormundes

Art. 416 gibt dem Vormund Anspruch auf eine den Umständen und dem Vermögensertrag angemessene Entschädigung. Der Amtsvormund, der seine ganze Arbeitszeit, und meistens noch ungezählte Stunden darüber hinaus, der Führung seiner häufig schwierigen Vormundschaften zur Verfügung stellt, käme bei diesem System offensichtlich schlecht weg. Er wird deshalb vom Gemeinwesen (Stadt, Gemeinde, Bezirk, Kanton) je nach seinem Anstellungsverhältnis honoriert. Was mit den Entschädigungen gemäss Art. 416 aus der Führung der einzelnen Vormundschaften zu geschehen hat, wird zum Teil in den Anstellungsbedingungen für Amts-

⁶ Denkbar ist auch eine Aenderung in den verwandtschaftlichen Verhältnissen. Zur Zeit der Bevormundung war hier niemand geeignet, die Vormundschaftsführung zu übernehmen. Heute kann diese sehr wohl einem Verwandten übergeben werden. Diese von Art. 380 bezeichneten Personen haben einen Anspruch auf nachträgliche Berücksichtigung, sobald die von der Vormundschaftsbehörde festgestellte Untauglichkeit dahingefallen ist (vgl. vorne S. 22).

vormünder oder in den Einführungsgesetzen bestimmt⁷. Sie fallen, den verschiedenen kantonalen Bestimmungen gemäss, an Staat, Gemeinde oder andere Institutionen.

Mögen auch immer wieder Bedenken gegen die Amtsvormundschaft geltend gemacht werden, sie hat sich bisher bewährt und viele tausend Menschen sind bereits ihres Segens teilhaftig geworden⁸. Selbstverständlich entspricht ein geeigneter, tüchtiger Einzelvormund immer und überall den Erfordernissen eher, die im besondern an den Vormund gestellt werden. Da man sich jedoch mit der Tatsache abfinden muss, dass viel zu wenig Einzelvormünder aufzufinden sind, tritt die Amtsvormundschaft in die Lücken und steht allen denen bei, die ohne sie schlecht oder gar nicht betreut würden. Mag auch die Gefahr einer gewissen Schematisierung der Tätigkeit des Amtsvormundes gegeben sein, so ist doch «letzten Endes ein gutes Schema der Planlosigkeit immer noch vorzuziehen»⁹.

⁷ Vgl. Aargau: Verordnung des Regierungsrates betreffend das Vormundchaftswesen vom 9. Dezember 1911 § 15: «... Entschädigungen sind für die Gemeinde zu vereinnahmen», oder Basel-Land EG § 108: «Allfällige Entschädigungen der Amtsvormundschaft fallen an den Staat.»

⁸ Vgl. Anni Ott, Untersuchungen über 16 schwere Fürsorgefälle der Amtsvormundschaft Zürich.

⁹ Paul Kistler, Die Amtsvormundschaft, Vortrag, S. 14.

Lebenslauf

Ich wurde am 8. November 1927 in Zürich geboren, besuchte 6 Jahre die Primarschule in Bergdietikon, 4 Jahre die Bezirksschule in Bremgarten und trat anschliessend in die 4. Klasse des Gymnasiums A der Töcherschule Zürich ein, die ich im Herbst 1947 mit der Maturität Typus B abschloss. Anschliessend immatrikulierte ich mich an der iuristischen Fakultät der Universität Zürich. Während der Semesterferien war ich zweimal am Bezirksgericht in Baden als Praktikantin tätig (5 Monate). Am 20. Februar 1954 schloss ich das Studium ab.

